Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 55.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 23. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Februar und März werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pfg., sowie von sämmtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Die Lage im Abgeordnetenhause.

⊙ Berlin, 21. Januar.

Das Haus der Abgeordneten hat gegenwärtig große Aehnlichkeit mit einem bekannten, sinnreichen Instrument zum Anzeigen des Wetters: einem kleinen Häuschen mit zwei Figuren, von denen, je nachdem Regen oder Sonnenschein prophezeit werden soll, bald die eine, bald die andere herauskommt, resp. im Innern verschwindet; verhüllen schwarze, klerikale Wolken die Sonne des Liberalismus, so kommt bei den durch itio in partes („Hammelsprung" sagt der respektlose Parlaments-Jargon) stattfindenden Abstimmungen Windthorst durch die „Ja"-Thür in den Saal; Tags darauf aber hat das Wetter sich gedreht, Bennigsen und Genossen schreiten durch die Pforte der Regierungsfreundlichkeit, auf deren Schwelle man Herrn v. Rauchhaupt und seinen Freunden allezeit begegnet — oder doch nicht immer: der „Glocken-Paragraph" hat gezeigt, daß in diesem wundervoll zusammengesetzten Hause auch die unwahrscheinlichsten Abstimmungen möglich sind, z. B. eine, bei welcher die Minister Eulenburg, Bitter, Kameke und sogar Puttkamer mit den Freikonservativen, National-Liberalen und Fortschrittlern gegen die Konservativen und Klerikalen in der Minderheit bleiben! Es ist vollkommen richtig, was von nationalliberaler Seite mit Genugthuung konstatirt wird: die konservativ-klerikale Mehrheit, welche in der Präsidentenwahl zum Ausdruck kam, hat sich nicht dauerhaft erwiesen; in der Entscheidung über die elbinger Petition fand sie sich zwar wieder zusammen und in Uebereinstimmung mit der Regierung; aber schon vorher trennte sie sich in der Eisenbahnfrage, welche nur mit Hilfe der Nationalliberalen im Sinne des Ministeriums gelöst wurde; in der Generaldebatte über die Verwaltungsreform wiederholte sich diese Konstellation sogar mit der die Nationalliberalen noch stärker in den Vordergrund der Regierungs-Majorität ad hoc rückenden Modifikation, daß die Konservativen nur widerwillig den ersteren auf dem ministeriellen Pfade folgten; und bei den Abstimmungen über den Glocken-Paragraph haben wir sogar erlebt, daß die Regierung und die Liberalen sich in jener Genossenschaft des Mißgeschicks zusammenfanden, welche die Theilnehmer enger an einander ketten soll, als die Gemeinschaft des Erfolges. Es ist unschwer zu erkennen, daß die stets optimistischen Elemente im Nationalliberalismus an die unzweifelhaft eingetretene größere Zurückhaltung des Centrums dem Reichskanzler gegenüber, sowie an die gelegentlichen Fehler, welche die Konservativen — z. B. bei dem „Glocken-Paragraphen" — begehen, bereits neue Hoffnungen knüpfen.

Dieselben zu theilen, ist zunächst einigermaßen Sache des Geschmacks, über den sich, wie man weiß, nicht streiten läßt. Ein bekannter humoristischer Schriftsteller hat vor einiger Zeit in einer „Reichsepistel", welche er im Feuilleton eines großen wiener Blattes veröffentlichte, unseren Parlamentarismus sehr bitter verspottet, indem er schilderte, wie Bismarck mit den Führern der verschiedenen Parteien verhandle. Z. B. Windthorst ist bei ihm, zeigt sich aber betreffs des „Kompromisses", über welches gerade diskutirt wird, unnachgiebig; oh, sagt endlich der Kanzler, wenn Sie durchaus nicht wollen — Bennigsen und Rauchhaupt warten schon draußen; jeder von den Beiden wird mit Vergnügen zugreifen. Oder Bennigsen ist der Partner des Zwiegesprächs im Kabinet Bismarck's; dann heißt es, wenn der Führer der Nationalliberalen zu viel Umstände macht: nun, wenn es Ihnen nicht paßt — ich habe bereits für alle Fälle nach Windthorst geschickt, der wird nicht so viel Skrupel haben u. s. w. Zieht man von dieser Schilderung die Uebertreibung in der Form ab, welche das Recht des Satyrikers ist, so kann man nicht bestreiten, daß sie zutreffend ist; ob man sich unter solchen Umständen aber liberalerseits der gelegentlichen Einreihung in die Majorität freuen, darüber Genugthuung empfinden kann, das ist, wie gesagt, Geschmackssache; unserem Geschmack entspricht es nicht. Doch ist es auch nur klug und scharfsichtig? Wir bezweifeln das aus zwei Gründen. Zunächst weil weder die Konservativen noch die Klerikalen den Liberalen den Gefallen thun werden, sich so zur Regierung zu stellen, daß diese wirklich auf die letzteren angewiesen wäre, daß sie ihre Politik also nach der liberalen Auffassung einrichten müßte; eine Opposition der Konservativen wie bei dem Glocken-Paragraph ist überhaupt nicht sehr ernsthaft zu nehmen — fanden sie und der von ihnen dabei in der Minorität gelassene Kultusminister sich doch in derselben Sitzung mit den Klerikalen wieder in schönster Harmonie zusammen, als es sich um die kirchenpolitische „milde Praxis" in der Provinz Posen handelte; und wie sehr das Zentrum wünscht, sein augenblickliches Schmollen — dieses avis au lecteur der Kammerberichte in Varzin — wieder aufgeben zu können, bewies es soeben erst durch die kuriose, den staatsmännischsten Staatsmann überstaatsmännernde Taktik, für den Ankauf der Rheinischen und der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn zu stimmen, nachdem und trotzdem die Partei gegen den Ankauf der ersten Serie von Verstaatlichungsbahnen votirt hatte — beweist ferner Herr Windthorst regelmäßig, wenn er auf eine allzu gereizte Rede eines Parteigenossen schleunigst versöhnliche Bemerkungen folgen läßt. Zur Unsicherheit der Parteiverhältnisse aber kommt auch die der Zustände innerhalb der Regierung; ist doch die Vermuthung sehr begründet, daß die zeitweilige konservative und sogar die klerikale Opposition gegen einen bestimmten Minister mit der weitverbreiteten Ansicht zusammenhängt, der Reichskanzler habe nichts dagegen!

Diese gesammte Sachlage ist unseres Erachtens für die Liberalen außerordentlich günstig, wenn sie dieselbe zu benutzen wissen. Darunter verstehen wir freilich nicht, daß man es als einen Triumph betrachtet, wenn man bei gelegentlichem, vorübergehenden Abmarsch einer der beiden Majoritäts-Kompagnien auf die Oppositionsseite, in ihre Stelle einrücken kann, bis es wieder heißt: Ablösung vor! Sowohl die Konservativen, als die Klerikalen sind an der Arbeit, sich zu ruiniren: die ersteren, indem sie sich abermals als die unfruchtbare, ideenlose, nur zum Zerstören befähigte Partei erweisen, als die man sie stets kennen gelernt hat, so lange es eine Volksvertretung in Preußen giebt; die Klerikalen, indem sie ihren Wählern durch den beständigen, anmuthigen Wechsel von Gouvernementalität und Opposition zeigen, was es mit den großen Reden von „Wahrheit, Freiheit und Recht" auf sich hatte. Die Regierung aber, obgleich Fürst Bismarck an ihrer Spitze steht, ist nicht stark, und sie ist auch nicht einig. In ersterer Hinsicht braucht man blos auf die Besetzung des Finanzministeriums zu verweisen, und betreffs der Einigkeit auf den bekannten Artikel der „Prov.-Korresp.", auf die ganz verschiedene Haltung der Minister Eulenburg und Puttkamer in kirchenpolitischer Beziehung, auf die eigenthümliche Unklarheit, welche betreffs der Stellung des Reichskanzlers zu den Fragen der Verwaltungs-Organisation herrscht. Das ist eine Situation, in welcher die Liberalen einen höheren Ehrgeiz haben können, als zuweilen einen Dienst zu leisten; einig, entschieden in der Geltendmachung gemäßigter und praktischer Forderungen, auf die Vergrößerung ihrer Anzahl durch unsichere Elemente verzichtend, könnte sie aus einem zuweilen herbeigerufenen Hilfscorps zu der die Situation beherrschenden Partei auch in der Minderheit werden. Damit meinen wir keineswegs, daß sie etwa aus taktischer Berechnung Nein sagen sollten, wo sie aus sachlichen Gründen zustimmen können, nur um ihre Macht zu zeigen und um für ihre Unterstützung Bedingungen zu stellen; nichts weiter wäre erforderlich, als daß die Initiative ergriffen würde, statt daß man jetzt die Dinge an sich herankommen läßt, ja froh ist, wenn eine zum Kampf herausfordernde Sachlage sich verhüllen läßt. Ueber die elbinger Angelegenheit z. B. wäre wahrscheinlich bis heute im Abgeordnetenhause nicht gesprochen worden, wenn nicht eine Petition des Magistrats eingegangen wäre, die viele Wochen nach dem Beginn der Session zur Verhandlung kam; eine liberale Taktik, wie wir sie uns denken, hätte erfordert, daß man am ersten Sitzungstage eine Interpellation gestellt hätte; sie würde gegenwärtig erfordern, daß die Volksvertretung sich betreffs der seit Jahr und Tag schwebenden kirchenpolitischen Verhandlungen nicht mit unsicheren Zeitungsgerüchten begnügte, sondern daß Aufschluß verlangt würde und die Liberalen bei dieser Gelegenheit sagten, was sie unter dem, von Jedermann ersehnten, würdigen Ende des Kulturkampfes verstehen, daß sie aber die Grenze bezeichneten, deren Ueberschreitung sie als Preisgebung der Rechte des Staates betrachten. Unter Verhältnissen, wie die gegenwärtigen, ist die Aufgabe des Liberalismus, sich für eine nahe Zukunft den maßgebenden Einfluß zurückzuerobern, und es wäre unseres Erachtens nicht schwer, man brauchte nur die Fehler der Gegner energisch zu benutzen; aber dazu gehört, daß man die eigene Position selbstständig wählt, nicht sie sich von Fall zu Fall von Anderen anweisen läßt.

F. C. Goldwährung.

Die Verhandlungen der sächsischen zweiten Kammer über den Antrag des Abg. Dr. Heine, durch welchen die sächsische Regierung ersucht werden sollte, beim Bundesrathe auf die Einführung der Doppelwährung im deutschen Reiche hinzuwirken, haben mit einer vollständigen Niederlage der Gegner der Goldwährung geendet. Damit dürfte der Feldzug gegen die Münzreform auf parlamentarischem Gebiet vorläufig überhaupt abgeschlossen sein. Um so thätiger sind die Agitatoren für die Doppelwährung in der Presse; ein Theil macht sich gerade in neuerer Zeit mit frischem Eifer an's Werk, die Verderblichkeit der Goldwährung zu predigen. Eine hervorragende Rolle spielt dabei die Behauptung, daß durch Annahme der Goldwährung in Deutschland eine Werthverschiebung hervorgerufen sei, deren Nachtheile ganz besonders den Grundbesitz träfen. Ein agrarisches Organ, die „Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung" führt z. B. aus, daß ein Grundbesitzer, der im Anfange dieses Jahrzehnts eine Realschuld von 50,000 Thlr. aufgenommen habe, nach etwa 50 Jahren 70,000 Thlr. zurückzahlen müsse, weil sich eine Steigerung der Valuta gegen die damals bei uns geltende Silbervaluta von 5:7 vollzogen haben werde; der Werth des Grundstücks werde natürlich in dem gleichen Verhältniß gefallen sein; bis zur Abtragung der Schuld müsse außerdem der Besitzer die Zinsen in der gesteigerten Valuta zahlen, während sich die Erträge, nämlich die Preise der Produkte, im entgegengesetzten Verhältniß verringerten. Diese Darstellung der eingetretenen Verschiebung der Werthverhältnisse geht von der durchaus irrigen Annahme aus, als ob sich in den letzten Jahren eine Erhöhung des Werthes des Goldes vollzogen habe, während nur eine Verringerung des Werthes des Silbers eingetreten ist. Es ist keineswegs willkürlich, daß man allgemein die Verschiebung des Preisverhältnisses zwischen Gold und Silber als eine Entwerthuug des Silbers bezeichnet; dieser Ausdrucksweise liegt vielmehr die ganz richtige Anschauungsweise zu Grunde, daß als alleiniger Maßstab das Gold zu gelten habe und Silber überhaupt nicht als Münzmetall, sondern nur als Waare anzusehen sei. Die großen Preisveränderungen aller Waaren auf dem Weltmarkte, welche uns das letzte Jahrzehnt gebracht hat, sind nun in keiner Weise durch die Bewegung der Silberpreise bedingt worden. Bei der Waare Silber selbst hat sich dagegen in den letzten Jahren das Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage außerordentlich verschoben. Auf der einen Seite ist die Produktion der amerikanischen Silberminen erheblich gesteigert worden, auf der anderen Seite ist der Bedarf an Silber durch die Abnahme des Silber-Exports nach Ostasien und die Sistirung der Silberausprägung in den Staaten der lateinischen Münzkonvention gesunken. Diese Umstände würden den Preis des Silbers in jedem Falle wesentlich gedrückt haben, auch wenn Deutschland ruhig bei seinem alten Münzsystem oder vielmehr bei seinen alten Münzsystemen verblieben wäre. Ja mit größter Wahrscheinlichkeit läßt sich annehmen, daß in letzterem Falle die Entwerthung doch ungefähr den gleichen Umfang angenommen haben würde, weil dann andere Länder, namentlich Frankreich, sicher die Gelegenheit benutzt haben würden, sich schnell aus der gefährlichen Doppelwährung in die reine Goldwährung hinüberzuretten. Thatsache ist es jedenfalls, daß die Demonetisirung des Silbers in Deutschland nur neben anderen Faktoren und nur in verhältnißmäßig geringem Grade zu dem starken Rückgang des Silberpreises in den letzten Jahren beigetragen hat. Bei Gold ist dagegen das Verhältniß zwischen Produktion und Bedarf überhaupt nicht in außerordentlicher Weise verschoben worden und die eingetretene Aenderung des Preisverhältnisses zwischen Gold und Silber ist deshalb allein zutreffend als eine Entwerthung des Silbers anzusehen. Die Wirkungen dieser Entwerthung treten selbstverständlich nicht allein in Deutschland hervor, sondern auch in denjenigen Ländern, welche noch an der Doppelwährung oder der Silberwährung festgehalten haben. Ueberall stellt eine bestimmte Summe in Silbermünzen an Kaufkraft für den Weltmarkt nicht mehr den gleichen Betrag dar wie vor zehn Jahren; überall besitzen die in Silber zahlbaren Zinsen, an dem Edelmetall des Weltmarkts, dem Golde gemessen, nicht mehr denselben Werth, wie bei Eingehung der Schuld. Aus dieser Verschiebung des Werthverhältnisses ergeben sich mit Nothwendigkeit auf der einen Seite Verluste, auf der anderen Seite Gewinne. Der österreichische Staat zahlt bei seiner Silberrente an Zinsen thatsächlich erheblich weniger, als er bei Abschluß der Anleihe zu zahlen hatte; aber was er dabei gewinnt, verlieren genau die Gläubiger. In Deutschland wird, wenn die rechtzeitig in Angriff genommene, aber leider noch nicht beendete Münzreform zum Abschluß gebracht ist, das Verhältniß umgekehrt sein; da hier dann die Zahlungen auf Gold lauten, wird der Gewinn auf Seiten des Gläubigers der Verlust auf Seiten des Schuldners sein. Der Gegner hätte deshalb ehrlicher Weise nicht nur zu dem verschuldeten Grundbesitzer sagen müssen: „Bei steigender Währung bist Du der Verlierer, bei fallender Währung der Gewinner," sondern auch den Grundbesitzer, der selbst Renten oder Zinsen bezieht, darauf hinweisen müssen, daß für ihn die Sache umgekehrt liegt. Ebenso durfte er nicht nur anführen, daß bei steigender Valuta die Preise für die Produkte des Grund und Bodens verhältnißmäßig sinken, sondern mußte auch behufs ehrlicher Buchführung anmerken, daß in gleichem Verhältniß sich die Preise für die Artikel verringern, welche der Grundbesitzer seinerseits kaufen muß. Er würde dann auch nimmermehr zu der seltsamen Behauptung gelangt sein, daß eine fallende Währung ein wahrer Segen sei, weil dabei der Grundbesitzer, der seinen Besitz verkaufen müsse, auf Grund des Sinkens des Geldwerthes in der Regel mehr für denselben erhalte, als er seiner Zeit dafür gegeben habe. Denn wenn Preisverschiebungen in Folge der Preisschwankungen des Währungsmetalls oder einer Aenderung der Währung in keinem Falle wünschenswerth sind, so sind sie doch zweifellos am verderblichsten, wenn sie auf eine Entwerthung der Valuta hinauslaufen, weil die daraus entspringenden Nachtheile vorzugsweise den Arbeiter treffen. Die Preise aller Waaren werden sich in nicht zu langer Zeit dem veränderten Werth der Valuta anpassen; der Arbeitslohn verharrt, wie die Erfahrung lehrt, am längsten auf dem Nominalbetrage einer Münze, deren Werth diesem Betrage gar nicht mehr entspricht. Die Vortheile, welche der Grundbesitzer oder Industrielle möglicherweise aus dem Fallen der Währung ziehen kann, werden deshalb wesentlich auf Kosten der Arbeiter erlangt. Zugleich würde sich als Konsequenz die ungemessene Ausgabe von Papiergeld einstellen, da ja jede neue Emission ein weiteres Fallen der Valuta, nach dieser Theorie also weiteren „wahren Segen" im Gefolge haben würde. In vollem Gegensatze zu dieser verkehrten Beurtheilung der Valuta-Schwankungen mußte man als Ideal einer Währung vielmehr diejenige betrachten, welche auf einem in seinem Werthe vollständig unveränderlichen Edelmetall basirte. Sie würde am vollkommensten ihrer wirthschaftlichen Aufgabe genügen, indem sie dem Verkehr einen sich immer gleich bleibenden Werthmesser lieferte; sie würde auch der Forderung der Gerechtigkeit, daß nicht durch die staatliche Gesetzgebung über das Münzwesen einem Theile der Bevölkerung Nachtheile zu Gunsten eines anderen Theiles zugefügt werden dürfen, einzig und allein vollkommen entsprechen. Die Güte einer Währung hängt eben nicht davon ab, ob das Währungsmetall auf dem Weltmarkte im Preise sinkt oder ob es steigt, sie liegt

allein in der Stabilität des Währungsmetalls. Da es nun in der ökonomischen Welt ebenso wenig ein Edelmetall giebt, welches Preisveränderungen nicht unterworfen ist, wie in der physischen Welt einen Körper, der bei allen Temperatur-Veränderungen selbst unverändert bliebe, so muß man sich an dasjenige Edelmetall halten, welches menschlicher Voraussicht nach für die Zukunft die verhältnißmäßig größte Stabilität verspricht. Daß dieses Metall allein das Gold sein kann, darüber hat der Weltverkehr entschieden. Für den internationlen Handel kommt es allein in Betracht. Selbst Länder mit formell aufrecht erhaltener Doppelwährung wie Frankreich und die Vereinigten Staaten müssen ihre Zahlungen in Gold ausgleichen, wie der Goldexport aus Frankreich zur Bezahlung des importirten amerikanischen Getreides neuerdings gezeigt hat; Staaten mit formell aufrecht erhaltener Silberwährung müssen für ihre Schulden die Zahlung der Zinsen in Gold garantiren, weil sie für Silberrente überhaupt nicht oder nur unter sehr viel ungünstigeren Bedingungen Absatz finden könnten. Aus der Wichtigkeit, welche der Stabilität des Währungsmetalls beizulegen ist, folgt auch mit Nothwendigkeit das Prinzip der einfachen Währung, denn die Heranziehung eines zweiten Währungsmetalls vermehrt die Möglichkeit der Valutaveränderungen. Der Uebergang Deutschlands zur reinen Goldwährung konnte sich nicht ohne Opfer und Werthverschiebungen vollziehen, aber er war nothwendig, um Schlimmeres zu verhüten, denn schon heute steht fest, daß jedes andere Land, welches den, wenn es sein geordnetes, sicheres Münzwesen besitzen will, unausbleiblichen Uebergang zur Goldwährung ebenfalls vollzieht, weit größere Opfer und weit größere Preisverschiebungen zu ertragen haben wird.

Deutschland.

+ **Berlin,** 21. Januar. [Aus dem Abgeordnetenhause. Das Feld- und Forstpolizei-Gesetz.] Die gestrige Abstimmung über den sogenannten Glockenparagraphen in dem linksrheinischen Kultuskostengesetz, bei welcher die Konservativen, trotz der wiederholten Aufforderung des Ministers des Innern und trotz seiner Ausführung, daß die Regierungsvorlage lediglich den bestehenden Rechtszustand aufrecht erhalten wolle, gegen die Regierungsvorlage votirten, ist eine sehr bemerkenswerthe und es dürfte nicht uninteressant sein, das Resultat der Abstimmung festzustellen. Für die Regierungsvorlage stimmten 159 Abgeordnete, und zwar die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei ausnahmslos, die Freikonservativen mit einer Ausnahme, die Minister Bitter, Graf Eulenburg, v. Kameke, v. Puttkamer, von den Konservativen die Abgg. Graf Baudissin, Freymark, v. Götz, Dr. v. Hagenow, Kleist, v. Bornstedt; gegen dieselbe 171 Abgeordnete, und zwar das Zentrum und die Polen ausnahmslos, die Konservativen mit Ausnahme der vorgenannten fünf Abgeordneten, von den Freikonservativen der Abg. Jungk. Es waren krank, beurlaubt und entschuldigt 41 Abgeordnete, ohne Entschuldigung fehlten 60 Mitglieder, darunter 27 Konservative, 8 Freikonservative, 12 von der Fortschrittspartei, 3 Nationalliberale, 4 vom Zentrum, 2 Dänen, 1 Pole, 3 Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören. — Das Feld- und Forstpolizeigesetz ist von der zur Vorberathung bestimmten Kommission wiederum in das Abgeordnetenhaus gelangt. Nach einer amtlichen Mittheilung des Präsidenten wird die zweite Berathung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden. Die Kommission hat zwar im § 10 das Wort „geht“ auf die Fälle, welche der § 368 des Strafgesetzbuchs hervorhebt, und des Gehens über bestellte und solche Felder, deren Bestellung in Angriff genommen oder vorbereitet ist, beschränkt, und dadurch einem der zahlreichen Amendements der Gegner der Vorlage Rechnung getragen; sie hat auch den Pilz- und Beerenparagraphen 41 im Sinne der Verbesserungsvorschläge einigermaßen umgestaltet, auch noch angenommen, daß in den wenigen Fällen, wo die Strafverfolgung nur auf Antrag zuläßig sein soll, die Zurücknahme des Antrags zu gestatten sei. Im Uebrigen ist es beim Alten geblieben. Noch immer soll z. B. die wohlthätige Bestimmung des § 57 des Strafrechts, wonach bei Personen, welche noch nicht 18 Jahre alt sind, in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden kann, für Uebertretungen der Feld- und Forstpolizei ausgeschlossen bleiben, obwohl das Allgemeine Strafgesetzbuch diese Bestimmung nicht blos auf Uebertretungen, sondern auch auf Vergehen anwendet. Noch immer soll derjenige wegen Entwendung bestraft werden, der Bodenerzeugnisse, also z. B. auch eine wild wachsende Blume von einem Acker, einer Wiese, einer Waide ja sogar von einem Platze, von einem Wege, oder Graben nimmt (§ 18); und die Bestrafung soll eintreten sogar auch ohne Antrag des Besitzers des Grundstücks. Wie man, beiläufig gesagt, sich mit dem § 346 des Strafrechts abfinden will, wonach der Beamte der Polizei, der von einer solchen Entwendung Kenntniß erhält, sehr hart, im mindesten Maße mit einem Monat Gefängniß deshalb bestraft werden soll, weil er den Fall nicht zur Bestrafung bringt, ist dunkel. Noch immer ist der § 9 mit der Bestrafung desjenigen, der die Fortweisung von einem Grundstücke, wo sein Aufenthalt das mindeste Interesse des Besitzers auch nicht im Geringsten berührt und die Veranlassung zur Fortweisung durchaus grundlos und willkürlich war, nicht beachtet, stehen geblieben, ja durch eine Zusatzbestimmung noch verschärft worden. So und noch vieles Andere. Man kann mit voller Bestimmtheit aussprechen, daß der vorliegende Gesetzentwurf, wenn er auch, und zwar ohne die wesentlichsten Verbesserungen, nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Hauses Annahme finden sollte, doch große Beschwerden im Lande verursachen wird.

⊏⊐ **Berlin,** 21. Januar. (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Der Telegraph wird jetzt schon in das ganze preußische Land die unerwartete Kunde gebracht haben, daß das Abgeordnetenhaus das von Varzin so dringend geforderte Schanksteuergesetz abgelehnt und damit dem Herrn Finanzminister Bitter eine höchst unangenehme Ueberraschung bereitet hat. Unter den 170,000 Schankwirthen und Kleinhändlern mit geistigen Getränken wäre ein ziemlich erheblicher Theil durch die neue Steuer wegen ihrer exorbitanten Höhe vollständig ruinirt worden. Das Ergebniß ist von den Freunden des Ministeriums, insbesondere von einem Theile der Fraktion der Freikonservativen, in welcher der Ober-Regierungsrath Tiedemann nach Abgang des Grafen Bethusy die Führung übernommen zu haben scheint, und einem Theile der Konservativen in einer fast tragikomischen Weise verschuldet worden. Die Opposition fiel vorzugsweise der geschlossen für Verwerfung des ganzen Gesetzes eintretenden Fortschrittspartei zu; dieselbe hatte auch heute noch keine Hoffnung zu siegen. Denn man wußte, daß außer den Konservativen für die Vorlage der Regierung — Besteuerung von Wein, Bier und Branntwein — ein Theil des Zentrums und etwa ¼ oder ⅕ der Nationalliberalen sei, und daß prinzipaliter für die Kommissionsvorschläge — Besteuerung nur des Branntweins — ein sehr großer Theil des Zentrums und mindestens ⅓ der Nationalliberalen eintreten würden. Die einzige Chance für die Opposition war somit nur, daß wenn der § 1 in einer oder der anderen Form angenommen würde, bei den folgenden Ausführungsbestimmungen durch eine Reihe rein sachlicher Abänderungsanträge die Mehrheit bei der zweiten Berathung zerbröckeln würde. Allein soweit kam es nicht einmal. Es stellte sich heraus, daß ein kleiner Theil der Konservativen mit der Fortschrittspartei gegen das ganze Gesetz stimmen werde; die Mehrheit der Konservativen wollte den Wortführer dieser Opposition ihrer eigenen Fraktion, den Abg. v. Meyer-Arnswalde nicht zu Wort verstatten; der Vorsitzende der Branntweinkommission, Landrath v. Colmar, bekam aber für seine Schlußanträge nur die rechte Seite des Hauses. v. Meyer's Rede führte ohne Zweifel auch aus den klerikalen und nationalliberalen Fraktionen der Opposition Mitglieder zu. Nach Meyer-Arnswalde wurde die Diskussion geschlossen. Jetzt fiel erst die Regierungsvorlage und da ein Theil der Konservativen und Freikonservativen, die zunächst für die Regierungsvorlage, also für Besteuerung auch von Bier- und Weinverkäufern gestimmt hatten, jetzt dagegen stimmte, siegte die Opposition, trotzdem Windthorst, Schorlemer-Alst und Bennigsen für den Kommissions-Anschluß votirten, im Hammelsprung mit 192 gegen 175 Stimmen. Jetzt ward durch Reden des Grafen Limburg-Stirum (konservativ), des freikonservativen Stengel und des Ministers Bitter offenbar, daß manche Herren den § 1 zu Falle gebracht in der stillen Hoffnung, denselben in der 3. Lesung in Gemäßheit der Regierungswünsche korrigiren zu können. Als sie den geschossenen Bock erkannten, sollte eine Rückverweisung in die Kommission das Gesetz retten, und Herr Tiedemann erklärte sich bereit, in der Kommission — nachdem mit § 1 das Prinzip des Gesetzes abgelehnt war, dasselbe im § 2 hineinzuamendiren. Eine zweistündige Geschäftsordnungsdebatte endete mit der Ablehnung aller Paragraphen des Gesetzentwurfs, für die nun auch das gesammte Zentrum und die Nationalliberalen mit geringen Ausnahmen eintraten. Herr Bitter hatte aller Mahnungen ungeachtet auf der Abstimmung bestanden und stimmte nun standhaft in immer kleiner werdender Minderheit für jeden Paragraphen. Seine Kollegen, die zugleich Abgeordnete sind, hatten geschwiegen zu Virchow's ernster Erklärung, es sei unerhört in der Geschichte dieses Landes, der Majorität eine Falle stellen zu wollen und durch Mißbrauch der Geschäftsordnung die Mehrheit zu einem rein formalen Verfahren zu nöthigen, bei dem man die Logik zu Hause läßt; allmählig aber ward es ihnen doch ungemüthlich, bei jedem Paragraphen mit Bitter zu stimmen, — bald blieb Kameke und dann auch Puttkamer sitzen und Graf Eulenburg trat von seinem Platze weg, sich mit einem Regierungskommissar zu unterhalten. Endlich waren alle 19 Paragraphen verworfen.

— [Die Ausgrabungen zu Olympia. Eisenbahn-Etat.] Offiziös wird geschrieben: Der Bundesrath hält am Donnerstag eine Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen u. A. der Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung und Abänderung des Reichs-

---

Stadttheater.

Posen, den 22. Januar.

Desinit in piscem mulier formosa superne, der schöne Anfang verläuft in ein unschönes Ende: mit diesem Eindrucke von dem Stücke „Montjoye“ wird wohl der größere Theil des Publikums gestern das Theater verlassen haben. Die Exposition erregt die größten Erwartungen, eine Menge Fäden werden angeknüpft und verschlungen, und man wird auf die Lösung der sich häufenden Konflikte, insbesondere aber des Hauptproblems, nämlich wie die poetische Gerechtigkeit mit Montjoye selbst, dem Manne von Eisen, abrechnen wird, überaus gespannt. Die Lösung aber entspricht keineswegs den angeregten Erwartungen. Immer abrupter werden die Szenen, immer laxer die Motivirung, immer mehr tritt an die Stelle psychologischer Wahrheit und poetischer Kraft eine raffinirte Effekthascherei, und im fünften Akte, in welchem nur noch „kreuzbrave“ Menschen umherwimmeln, stirbt das Stück geradezu an Blutarmuth.

Die Aufführung war eine höchst lobenswerthe. Herr Dr. Hugo Müller, der Vertreter der Titelrolle, spielte mit bewundernswerther Kraft und Frische, obgleich er durch die fünf langen Akte hindurch kaum von der Bühne kam. Alle Seiten des prägnant gezeichneten Charakterbildes während der vier ersten Akte, die angenommene vornehme Blasirtheit, den herzlosen Egoismus, den rastlos bohrenden Ehrgeiz, sowie die wärmeren Gefühlswallungen, welche Montjoye im Verkehre mit seiner Tochter nicht zu unterdrücken vermag, brachte der Gast meisterhaft zur Geltung. Dem Schlußakte vermochte freilich auch er Lebenswahrheit nicht einzuhauchen. Der Name Müller hatte sich übrigens sehr zugkräftig erwiesen, denn das Haus war vortrefflich besetzt, das Publikum sehr aufmerksam und erkenntlich. Wir zweifeln nicht, daß das gegenwärtige Gastspiel des genannten Herrn während seiner ganzen Dauer denselben Erfolg aufzuweisen haben wird. Der geschätzte, beim hiesigen Publikum so gerne gesehene Gast wird noch etwa an sechs Abenden auftreten, und es wird dies sein letzter künstlerischer Besuch in Posen sein, da er Anfangs Mai, zu welchem Termine sämmtliche von ihm noch eingegangene Bühnenverpflichtungen abgelaufen sein werden, der ausübenden künstlerischen Wirksamkeit Valet zu sagen gedenkt, um sich fortan schriftstellerischer Thätigkeit zu widmen. Wie wir erfahren, wird hier vielfach der Wunsch gehegt, Herr Müller möge während seines Gastspiels dem Publikum auch noch einmal seine vorzügliche Leistung als „Bolz“ in den „Journalisten“ vorführen; wir möchten diesen Wunsch nach Kräften befürworten.

Eine vorzügliche Unterstützung fand der Gast an den hiesigen Bühnenkräften. Wir nennen Frl. Kühnau (Henriette, Montjoye's Frau), Frl. Weiße (Montjoye's Tochter), welche ihre an Schwierigkeiten reiche Rolle brillant aufgefaßt hatte, Herrn Rahn (v. Sorelle), Herrn Wäser (Montjoye's Sohn), Herrn Valdek (Horace Brandin), Herrn Ascher und Frl. v. Suppini, welche letzteren das zweifelhafte Ehepaar Rio-Velez vortrefflich darstellten; insbesondere war Herrn Ascher's Maske und Auffassung sehr wohl gelungen. Die beiden Figuren dieses Paares (Rio-Velez) gehören, um dies beiläufig noch hervorzuheben, zu den Abnormitäten des Stückes. Sie treten vom zweiten Akte an in einer Weise hervor, daß man ihnen mehr als episodenhafte Bedeutung zuschreibt, und doch verschwinden sie im vierten Akte plötzlich von der Bildfläche, ohne wieder aufzutauchen. Das Ensemble war bis auf einige wenige kleine Stockungen ein sehr gutes.

H. B.

Herzog Friedrich VIII.

Das weiße Schloß mit der schwarzen Schieferbedachung schimmert über wundervoll gepflegten englischen Rasen, zwischen hellgrünem Buchenwald mit der dunklen Blutbuche gemischt, zum Parkwege hinüber. An dem Portal prangt das große herzoglich schleswig-holsteinsche Hauswappen mit dem hellebardirten norwegischen Löwen, dem holsteinischen Nesselblatte und dem dithmarsischen Reiter. Ringsum blaue Meeresarme, schmal und dem Blick leicht entschwindend wie Flußwasser. Zahlreiche kleine Nebenschlößchen deuten auf reichen fürstlichen Besitz und Grandseigneur-Gewohnheit im englischen Stile. Südwestlich schimmert seit einem Jahrzehnt das Siegesdenkmal von Düppel, nordwestlich dasjenige von Arnkiel herüber. In jenem Schlosse wurde am 6. Juli 1829 der unglückliche und schicksalsreiche Fürst geboren, der jetzt im stillen Kriege mit dem führenden deutschen Staate, unversöhnt mit den Schicksalen seines Hauses, seiner Heimath und seiner Nation, sein Haupt zur Ruhe gelegt hat.

In der Presse ist wiederholt von den Schicksalen des jüngeren glücksburgischen Herzogs-, jetzt jüngeren dänischen Königshauses die Rede gewesen. Weniger landfremde Wege ging bis 1848 das augustenburgische Haus. Es hatte nach dem finanziellen Zusammenbruch des „abgetheilten“ holstein-sonderburgischen Herzogshauses und der Uebernahme jener Landstriche durch die Krone Dänemark einen stattlichen Besitz auf Alsen mit ständischen Vorrechten, wenn auch ohne Regierungsrecht, gerettet. Der erste namhaftere Fürst dieses Hauses war zugleich der in der holsteinischen und deutschen Geschichte best dastehende; er war der Großvater des jetzt verstorbenen Herzogs, jener Friedrich Christian von Augustenburg, der auf Veranlassung des dänisch-deutschen Dichters Baggesen mit dem Grafen Schimmelmann zusammen Schiller 1793 die für seine spätere Entwicklung entscheidend gewordene dreijährige Pension à 1000 Thaler zukommen ließ. Ein feiner, wohlwollender, gescheidter Herr im Stile der ästhetischen Bildung zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Durch seine Gemahlin begann bereits die bedeutungsvoll gewordene Verbindung mit dem älteren dänischen Königshause. Die Herzogin Auguste war die Tochter König Christian's VII. und der Königin Karoline Mathilde, geboren kurz vor der Struensee'schen Katastrophe. In einem der kopenhagener Schlösser befindet sich gewissermaßen als Rechtfertigung jener Blutthat das Portrait Struensee's mit demjenigen der bezeichneten Prinzessin neben sich; die Aehnlichkeit ist geradezu schlagend. Diese vermuthete Abstammung hat übrigens in dem nachwirkenden Hasse der Nachkommen jener Stiefmutter Christian's VII., der Königin Juliane Marie, die sonst ziemlich nahe gelegene Auskunft einer Uebertragung der dänischen Thronfolge auf das in den Herzogthümern meist, wenn auch nicht allein berechtigt gewesene augustenburgische Haus von der Hand weisen lassen und damit die ganze wirrenreiche Erbfolgeverwickelung heraufbeschworen. Die 1815 erfolgte Vermählung Christians VIII. mit der noch lebenden augustenburgischen Prinzessin Karoline Amalie füllt trotz der Schönheit und Liebenswürdigkeit der genannten Dame die dynastische Kluft nicht aus. Um Mitte der vierziger Jahre war der ältere Herzog von Augustenburg, Christian August, mit seinem jetzt verstorbenen Sohne bei dem königlichen Schwager in Kopenhagen, wie man vermuthen darf, zur Empfehlung jener Erbfolgeordnung. Der Besuch blieb bis auf einige äußerliche Ehren, wie ein Offizierspatent für den jungen Prinzen ꝛc., resultatlos. Herzog Christian August war wohl der begabtere, sein jüngerer Bruder, Prinz Friedrich Emil, der lebensklügere von den beiden Söhnen jener nach Augustenburg vermählten dänischen Königstochter. Der jüngere Prinz starb am 2. Juli 1865 auf einer Reise zu Beirut in Syrien; er war bis vor 1848 dänischer Höchstkommandirender in den Herzogthümern gewesen und wurde nach seiner schleswigschen Besitzung gewöhulich mit dem Titel „Prinz von Noer“ bezeichnet. Beide Brüder zeigten die herkömmliche Verwandteneinigkeit des oldenburgischen Fürstenhauses in hervorragendem Maße; jener im Tode vorausgegangene jüngere Bruder hat sich noch in seinen 1863 kurz vor dem neuen Aufschwung der schleswig-holsteinischen Sache erschienenen „Denkwürdigkeiten“ über den Herzog Christian August mit der verletzendsten Bitterkeit ausgesprochen. Beiden hatte übrigens ihre Vermählung mit zwei Gräfinnen Daneskjold-Samsoe am dänischen Hofe sehr geschadet. Die liebenswürdigen, begabten und vortrefflichen Damen stammten aus

Militärgesetzes und der Erlaß von Vorschriften über den Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit; ferner eine Mittheilung betreffend die Ausgrabungen zu Olympia; endlich eine Reihe von mündlichen Berichten des dritten Ausschusses über Vorlagen und Eingaben. Was die Mittheilung über die Ausgrabungen zu Olympia betrifft, so erfährt man daraus, daß bis jetzt 701,000 M. zur Verfügung gestellt waren, davon 661,000 M. aus Reichsmitteln und 40,000 M. an Einnahmen aus dem theilweisen Ersatz der Urformen, sowie aus der buchhändlerischen Verwerthung der Photographien und Lichtdrucke. Verbraucht sind bisher 565,000 M.; es bleiben mithin 136,000 M. für die Zeit bis zum 1. April 1880. Der Bericht schließt mit folgendem Antrage: „Um das mit vielen Mühen und Entbehrungen seitens aller Theilnehmer durchgeführte fünfjährige Werk in würdiger Weise abzurunden, um die Arbeit bis zum Juni mit gesteigerter Kraft fortführen zu können, um nöthigenfalls eine Nachlese auf dem Erntefelde halten zu können, damit das große Werk nicht willkürlich abgebrochen, sondern mit deutscher Ausdauer methodisch zu Ende geführt und das wissenschaftliche Werk nach allen Seiten richtig vorbereitet werde, erbitten wir, nachdem die fünfte Rate uns als letzte gegeben worden ist, für die noch übrigen, mit geringerem Aufwand an Geld und Menschenkraft zu leistenden Arbeiten für das Etatsjahr 1880—81 einen schließlichen Supplementar-Kredit in Höhe von 90,000 M. — Von den Etatsvorlagen sind wieder drei beim Bundesrath eingegangen. Der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen beziffert die Einnahmen auf 36,392,000 M., 55,000 M. mehr als im Vorjahre, die fortdauernden Ausgaben auf 26,024,600 M., 481,000 M. weniger als im Vorjahr, so daß ein Ueberschuß von 10,367,400 M. in Anschlag gebracht werden kann, 536,000 M. mehr als im Vorjahre. Die einmaligen Ausgaben betragen 282,550 M., nämlich 264,500 M. als achte Rate der Subvention zum Bau der Gotthardbahn und 18,000 M. als neunte Rate zur Erwerbung der Eisenbahn von Kolmar nach Münster.

— Wie der „B. B.-C." vernimmt, hat gestern (Dienstag) Abend der sächsische Bevollmächtigte beim Bundesrath, Herr v. Nostiz-Wallwitz, einen bedauerlichen Unfall erlitten. Derselbe stürzte bei der außerordentlichen Glätte, die in Folge des Schneefalles entstanden war, auf dem Trottoir vor dem Hause Lennéstraße 2 und erlitt einen schweren Beinbruch. Er wurde mittelst einer Droschke nach seiner Wohnung geschafft, wo ihm ein Gipsverband angelegt wurde. Zu Besorgnissen giebt sein Zustand keinen weiteren Anlaß.

— Die „Prov.-Korr." bringt außer dem Wortlaut der Rede des Ministers des Innern über die Verwaltungsreform-Gesetz-Entwürfe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Januar nur eine objektive Darstellung von dem Gange der bezüglichen Debatten, worin sie konstatirt, daß die Staatsregierung mit großer Genugthuung habe sehen können, wie die Redner aller Parteien fast ausnahmslos sich jetzt für die Nothwendigkeit erklärt haben, den Regierungsbezirk als Verwaltungseinheit beizubehalten. „Weniger durchgehend war — wie die „Prov.-Korr." fortfährt — die Uebereinstimmung in einer zweiten Hauptfrage des allgemeinen Verwaltungsplanes, nämlich in Bezug auf die Einrichtung der Verwaltungsrechtspflege." Die „Prov.-Korr." erkennt an, daß die Einwendungen und gemachten Vorschläge jedenfalls in der Kommission weitere Erörterung finden werden.

„Was den Vorschlägen dieser Art neben anderen Gründen vornehmlich entgegensteht, hat der Minister des Innern in's Licht gestellt. Es ist die Schwierigkeit, den Verwaltungsgerichten innerhalb ihrer Zuständigkeit die endgültige Entscheidung unter Ausschluß der Klage bei den ordentlichen Gerichten zuzuweisen, wenn man dieselben nicht mit den vollständigen Eigenschaften der Gerichtshöfe ausstattet."

Bezüglich der Kritik, welche sich auf die Verminderung des Instanzenzuges richtete, schreibt schließlich die „Provinzial-Korrespondenz":

„Daß es im Allgemeinen ein Irrthum ist, wenn man annimmt, Selbstverwaltung bedeute eine Minderung des Schreibwerkes und der Staatsthätigkeit überhaupt, hat in überzeugender Weise der Abg. Gneist dargethan. Die Selbstverwaltung dient einerseits zur Stärkung der Regierung durch die Mitwirkung der Bürger im Staatsdienst, andererseits zur Erziehung der Nation, zur Weckung des Bürgersinns, zur Verbreitung der Einsicht in die nothwendigen Selbstbeschränkungen des Einzelnen dem Staat und der Gesellschaft gegenüber. Damit erhöht sie den Gehorsam, die Achtung und Liebe gegen die Staatseinrichtungen. Dies ist der Zweck der Selbstverwaltung, aber nicht das täuschende Bild einer wenig kostenden, wenig Mühe verursachenden und doch alle Bedürfnisse befriedigenden Verwaltung."

— [Spezialetats.] Ueber verschiedene Spezialetats haben wir schon berichtet; hier folgen die anderen: Bei der Marine-Verwaltung betragen die Ausgaben 17,895,197 Mark, 677,461 M. mehr wie im Etatsjahr 1879—1880. — Im Etat über den Reichs-Invalidenfonds für das Etatsjahr 1880—81, beläuft sich die Gesammtausgabe auf 32,098,512 M. Der Reichsinvalidenfonds hat eine Zinseneinnahme von 23,826,223 M.; es ist deshalb ein Kapitalzuschuß von 8,272,289 M. erforderlich.

— Die Budgetkommission erledigte heute das Gesetz, betreffend die Verwendung der in Folge von Reichssteuerreformen für Preußen etwa verfügbaren Gelder. Die §§ 3 und folgende wurden, nachdem wie gemeldet in der vorigen Sitzung der wesentlichste Theil des Gesetzes dahin abgeändert worden, daß über die Steuererlasse jährlich im Etat Verfügung getroffen wird, nach dem Antrage des Referenten dahin angenommen, daß die Erlasse in erster Reihe den Zensiten der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der Einkommensteuer (bis zu einem Einkommen von 6000 Mark) zu Gute kommen und daß dann, wenn drei Monatsraten für diese Steuerstufen erlassen sind, für alle Klassensteuer- und Einkommensteuer-Zensiten ein gleichmäßiger Steuererlaß eintrete. — Außerdem wurde die bisher ausgesetzte Position des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung: Antheil an den Zöllen ꝛc. des Reichs, von 23,900,000 auf 24,200,000 Mark erhöht in Gemäßheit einer von dem Finanzminister eingegangenen Mittheilung, und damit der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zum Abschluß gebracht.

— Die Verwaltungsgesetz-Kommission erledigte gestern die §§ 8 bis incl. 18 des Organisationsgesetzes, und zwar wurden diese Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen; nur wurde bei einzelnen Paragraphen der Vorbehalt gemacht, Abänderungsanträge bei der zweiten Lesung einzubringen. Eine längere Diskussion veranlaßten der § 11 (Aufhebung der Abtheilung des Innern) gegen den sich mehrere Mitglieder erklärten und dessen Streichung der Abg. v. Heereman beantragte, und die §§ 8—10 bezüglich der Stellung der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten. Die zu diesen Paragraphen gestellten Abänderungsanträge des Abg. Rickert, welche die Stellung der Oberpräsidenten unverändert beibehalten wollten, wurden abgelehnt. Nach eingehender Diskussion erklärte sich die Majorität der Kommission auch dafür, daß die Schulabtheilung und Steuerabtheilung mit den Regierungen verbunden werde, ebenso für die Bestimmungen der Vorlage in Betreff der landwirthschaftlichen Abtheilungen und Generalkommissionen.

— Die „Köln. Ztg." hört, daß Fürst Bismarck unter allen Umständen das Feld- und Forstpolizei-Gesetz haben wolle. Das rheinische Blatt knüpft an diese Mittheilung folgende Mahnung:

„Nun ist das Gesetz wieder fix und fertig zur Annahme und die Konservativen, die es wahrhaft vernichtend kritisirten, werden vor die Entscheidung gestellt, ob sie selbst etwas sind oder nur ein Anhängsel jeder Regierungslaune. Wir sprechen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die Selbstständigkeit des Urtheils noch so weit in der konservativen Partei vorhanden ist, um den Entwurf abermals zu Fall zu bringen. Abg. Prinz Reuß hat doch in zweiter Lesung nicht für sich allein gesprochen. Da wir die Ablehnung voraussehen, so wollen wir an die Möglichkeit der Annahme und deren dann sichere böse Folgen gar nicht denken."

— Im Kultusministerium wird die Vorbereitung des Staatsgesetzes zu dem von der Generalsynodene berathenen Entwurfe über das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen mit Eifer betrieben. Es kann daher mit Sicherheit angenommen werden, daß das Staatsministerium gegen das Gesetz nichts zu erinnern hat, und daß die Vorlage dem Landtage binnen Kurzem zugeht. Das Staatsgesetz stellt sich als ein Ausführungsgesetz zu dem Entwurf der Generalsynode dar. Wie schon früher angedeutet, waren es besonders rechtliche Fragen, welche zur Erwägung kamen. Der staatsgesetzlichen Regelung war es u. A. vorbehalten, in wie weit die Einziehung der Pfarrbeiträge im Verwaltungs-Vollstreckungsverfahren erfolgen kann. Nach dem aufgestellten Entwurfe soll dieses Verfahren nach den Bestimmungen in Betreff der Zwangsvollstreckungen in die Pensionsbeiträge der Staatsbeamten stattfinden. Nach § 11 des Generalsynodalentwurfes sollen die provinziellen Emeriten-Zuschußfonds mit ihrem gesammten Vermögen und allen Rechten und Verbindlichkeiten auf den Pensionsfonds der Landeskirche übergehen. Diese Bestimmung machte besondere Schwierigkeiten und bedurfte zu ihrer Ausführung eines besondern Staatsministerialbeschlusses, weil die betreffenden Provinzialfonds zumeist die Rechte einer juristischen Person haben.

— Es wird immer deutlicher, daß Fürst Bismarck von einer direkten Verständigung mit der römischen Kurie, wie sie seither durch die Verhandlungen zu Kissingen, Gastein und Wien anzubahnen versucht ist, keinen Erfolg für die Beilegung des Kulturkampfes erwartet, sondern daran gehen will, durch eine Revision der Maigesetzgebung, die der Kultusminister in die Hand nehmen soll, den Klagen und Beschwerden des Zentrums abzuhelfen. In dieser Richtung ist das mitgetheilte Vorgehen der badischen Regierung besonders beachtenswerth, und unsere Ultramontanen knüpfen an dasselbe bereits die Hoffnung, daß recht bald die Abschaffung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen in Vorschlag gebracht und damit einer der „schlimmsten Steine des Anstoßes" beseitigt wird. Thatsächlich ist dieses Gesetz bekanntlich nur gegen evangelische Theologen zur Anwendung gekommen, zu den Staatsprüfungen hat sich niemals ein katholischer Geistlicher gestellt, und so ist leicht begreiflich, daß unsere Konservativen gerade dieses Gesetz als eine besondere Bedrückung der protestantischen Kirche ansehen und die Beseitigung fordern. Man will auch bereits eine Majorität im Abgeordnetenhause für ein ähnliches Kompromiß, wie es jetzt in Baden abgeschlossen werden soll, heraus rechnen. Ueber die in Rede stehende Prüfung selbst haben sich unsere Ultramontanen stets in den ärgsten Uebertreibungen ergangen. Zitirt doch auch jetzt wieder eines ihrer Blätter den angeblichen Ausspruch eines evangelischen Universitätsprofessors, der also lautet: „Nachdem ich zwanzig Jahre lang unterrichtet habe, muß ich bekennen, daß, falls, um meine Anstellungsfähigkeit zu erproben, von mir verlangt würde, dies Examen zu bestehen, ich lieber als Tagelöhner mein Brod verdiene, als mich einem solchen Risiko aussetzen wollte." In Wahrheit sind die Anforderungen des Examens nicht gerade rigoros, aber es ist aus den Enthüllungen des Professors Jürgen-Bona-Meyer in Bonn bekannt genug, daß die Resultate trotzdem keine glänzenden und für die theologischen Examinanden schmeichelhafter gewesen sind. Eben diese Enthüllungen sind es, welche das ganze Examen bei der evangelischen Geistlichkeit und unseren Konservativen in letzter Zeit besonders verhaßt gemacht haben.

— Hr. v. Puttkamer erhält von der „Germania"

---

einer von König Christian V. mit der Tochter seines Leibarztes, Sophie Moth, gestifteten unehelichen Seitenlinie des dänischen Königshauses ab und wurden an dem früher sehr rangsteifen kopenhagener Hofe nicht für voll angesehen.

Am 24. März 1848 traten bei der damaligen schleswig-holsteinischen Erhebung beide Brüder gegen Dänemark auf. Der Herzog hatte sich schon in seiner Eigenschaft als Mitglied der schleswig'schen Ständeversammlung den Winter hindurch die letzte Zeit auf dem schleswig'schen Festlande aufgehalten und zu Anfang März an einer in der holsteinischen Stadt Rendsburg abgehaltenen Notabelnversammlung beider Herzogthümer Theil genommen; von dort war er nach Berlin zu König Friedrich Wilhelm IV. geeilt. Zwei Tage nachher landeten dänische Truppen bei Augustenburg behufs Gefangennahme der herzoglichen Familie; sie war den Tag vorher auf den Befehl des Herzogs Hals über Kopf entflohen. Mit Recht macht der Prinz v. Noer in seiner Schrift seinem Bruder zum Vorwurf, vor dem Beginn seiner politischen Aktion nicht seine Schriften in Sicherheit gebracht und sich die Mittel zu einem unabhängigen Leben im Auslande verschafft zu haben. Einige Tage nachher kam König Friedrich VII. selbst nach Augustenburg. Betrunkene Soldaten und Dirnen tanzten auf den Parquets, auf denen bis vor Kurzem die schönen und graziösen jungen Prinzessinnen des herzoglichen Hauses sich bewegt hatten. Der dänische Märchendichter H. C. Andersen hat einen Sommerfesttag in jenem Parke mit effektvollem Gegensatze gegen die bald nachher erfolgte Katastrophe beweglich geschildert. Der König zerschlug die Schrankschlösser mit dem Säbel und nahm die Briefschaften an sich. Was er fand, war freilich nicht sonderlich erbaulich; es ist in dänischen Schmähschriften oft genug gedruckt worden. So kam der neunzehnjährige Herzog Friedrich in's Exil, zunächst in dasjenige des holsteinischen Hauptquartiers in Politik und im Felde. An seinem zwanzigsten Geburtstage focht er in der Vernichtungsschlacht von Fridericia. Die dänischen Offiziere verzehrten nach dem Siege lachend das Festmahl, das der schleswig-holsteinische General v. Bonin, der nachherige preußische Kriegsminister, anläßlich jenes Familiengeburtstages dem Herzoge Christian August und seinem Sohne hatte geben wollen. Im Jahre darauf war Herzog Friedrich Ordonnanz-Offizier Willisen's bei Idstadt und hat über die Verwirrungen jenes Tages in anerkennenswerth ungeschminkter Weise später Bericht erstattet. Der Ausgang jener Erhebung trieb ihn vom schleswig-holsteinischen Boden weg. Er hat denselben dann auch 13 Jahre lang nicht wieder betreten; auch sein zweites, jetzt mit dem Tode zu Ende gegangenes Exil hat 13 Jahre gedauert. Er trat in die preußische Garde und diente in derselben bis zum Major hinauf; der nachherige Krystallisationspunkt der antipreußischen Liga von 1866 hat Jahre lang in Berlin bescheiden als Offizier gelebt. 1856 vermählte er sich mit seiner jetzigen Wittwe, der Schwester des früheren zweiten Reichstagsvizepräsidenten Fürsten Hohenlohe-Langenburg. Politisch vernahm man von ihm nichts als einen Protest gegen den Halbverzicht seines Vaters auf die schleswig-holsteinische Erbfolge und in der inneren preußischen Politik sehr konservative Ansichten. Als Gutsherr von Dolzig in der Lausitz wurde er wegen Wahlbeeinflussungen zu Beginn der preußischen Konfliktszeit von derselben hauptstädtischen Presse der Nation als Volks- und Freiheitsfeind denunzirt, welche ihm einige Monate später als Prätendenten so maßlos huldigen sollte. Im Sommer 1863 kam er anläßlich einer landwirthschaftlichen Ausstellung nach Hamburg und knüpfte dort die ersten Beziehungen mit der schleswig-holsteinischen Aktionspartei an; der am 15. November desselben Jahres erfolgte Tod König Friedrich's VII. ließ sich schon damals bestimmt und in Bälde voraussehen.

Es ist nicht meine Absicht, vergangene Streitigkeiten wieder aufzufrischen oder alle Phasen der endlosen schleswig-holsteinischen Angelegenheit von Neuem zu erzählen. Gewiß ist, daß der Herzog Unrecht hatte, wenn er die schleswig-holsteinische Nationalpartei, die Reventlow, Römer, Johannsen, Spethmann, Bleicken und Tiedemann — der jetzige vortragende Rath des deutschen Reichskanzlers — der Unredlichkeit ihm gegenüber beschuldigt hat. Mit aller Deutlichkeit wurde ihm damals in Hamburg gesagt, daß man trotz des preußischen Verfassungskonfliktes eine Einverleibung der Herzogthümer in Preußen jeder anderen Eventualität vorziehen würde. Der Prinz war etwas betroffen, erwiderte aber nicht ungewandt, daß er jenen Standpunkt begreife, obgleich schon auf Grund seiner eigenen Fürstenrechte nicht theile. Im Uebrigen seien die in Berlin bestimmenden Zustände und Persönlichkeiten zur Herbeiführung einer solchen Eventualität gleich wenig geeignet und geneigt, was man ihm als dem Näherstehenden nur glauben möge. Darauf ließ sich natürlich nicht viel sagen. Später, gleich nach dem Tode König Friedrich's VII., ist Graf Ludwig Reventlow, jetzt Landrath in Husum, mit einer Anfrage über die schleswig-holsteinischen Absichten der preußischen Regierung bei dem damaligen Herrn v. Bismarck gewesen. Der Letztere durfte über seine eventuellen Zukunftspläne dem holsteinischen Parteiführer natürlich noch weniger reinen Wein einschenken, als der damaligen preußischen Kammer. Einige Bemerkungen des preußischen Ministerpräsidenten über die Unberechenbarkeit und die noch unverkennbaren vielen Möglichkeiten jener Frage konnte Graf Reventlow nicht wohl anders als für allgemeine Vertröstungen halten. Jener Versuch war also mißlungen; die holsteinische Aktionspartei wandte sich dem augustenburgischen Erbrechte zu. Zwischen Weihnachten und Neujahr reiste der bereits in Gotha proklamirte Prätendent von dort nach Kiel, wo er dann mehr als 30 Monate eine Art von Nebenherrschaft geführt hat. Die damit beginnende „Komödie der Irrungen" ist theils noch immer bekannt genug, theils mit Recht vergessen und verdient keine Rekapitulirung. Es möge genügen, daran zu erinnern, wie am 1. Juni 1868 vier Tage nach der auf der londoner Konferenz zu seinen Gunsten abgegebenen Erklärung der deutschen Mächte der Herzog nach Berlin zu Verhandlungen mit Herrn v. Bismarck reiste, und wie dieser sich einige Zeit nachher mit Fug beschwerte, der Prätendent habe ihn zum Besten zu haben versucht. Der verblendete, in Kiel von einer mehr originellen als anmuthenden Hofdemokratie umgebene Fürst wollte seine partikularistische Eigensucht mit der Stimmung seines Landes verdecken, obgleich damals noch unter dem frischen Eindruck glorreicher Waffenthaten die große Mehrheit der holsteinischen Bevölkerung einen Ausgleich mit Preußen um jeden Preis wünschte. Später wurde das in der Verbitterung des Streites und Dank einer eben so geschickten wie gewissenlosen Demagogie allerdings zeitweise sehr viel anders. Bis zuletzt ist dabei das Doppelspiel fortgesetzt worden, abwechselnd die leidenschaftliche, partikularistisch-demokratische Agitation zu schüren und dann in Berlin bedauernd auf dieselbe hinzuweisen oder ihr kleine, offiziöse Dämpfer zu geben. Die Führer jener Demokratie wußten natürlich, was von diesen gelegentlichen Abwiegelungen zu halten war. Daß jene Gesellschaft dem Herzog Friedrich nicht gelegentlich bedenklich vorgekommen wäre, soll deshalb nicht gesagt werden. In beiden Lagern rüstete man sich zur gegenseitigen Abwehrung nach dem über die preußische Politik zu erfechtenden Siege, der freilich niemals gekommen ist. Wiederholt suchte der Herzog zugleich eine Stütze bei jener Minorität der holsteinischen Ritterschaft, welche ihm anfangs bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen war. Die Grafen Christian Rantzau auf Oppendorf und Brockdorff-Ahlefeldt, Bruder resp. Schwager des jetzigen Bismarck'schen Schwiegersohnes, Kuno Rantzau, und Andere stellten ihm als Bedingung der Annäherung die möglichste Versöhnlichkeit gegen Preußen und den Bruch mit der in der Presse sehr wüst auftretenden demokratischen Emigration; der Herzog konnte oder wollte sich darauf nicht einlassen. Ueberhaupt war er weniger bewußt unredlich als unklar und wankelmüthig; in ganz unredliche Manöver ging diese Haltung gelegentlich doch über. Die berufene „Nebenregierung" trieb diese Dinge gradezu auf den Gipfel. Die herzoglichen Staatsräthe Samwer und Francke nahmen regelmäßige Einsicht von allen Akten der den Zivilkommissaren beider Großmächte unterstellten schleswig-holsteini-

wieder einmal ein bedingtes Zeugniß des Wohlverhaltens. Das genannte Blatt schreibt:

„Die gestrigen Erklärungen des Kultusministers v. Puttkamer bei der Verhandlung über die Petition der Kirchengemeinde Murke in Posen bezeugen wiederum das dankenswerthe Bestreben des Ministers, innerhalb der ihm gezogenen gesetzlichen Schranken nach Möglichkeit die traurigen Folgen des „Kulturkampfs“ zu mildern und die Härten in der Ausführung der Gesetze thunlichst zu lindern. Der Kampfapparat ist freilich so gestaltet, daß es ihm nur selten gelingen wird, den Druck der Gesetze minder fühlbar zu machen; zur Beseitigung der unheilvollen Zustände ist eben, wie auch die Staatsregierung einsehen wird, die Aufhebung der vielbeklagten Bestimmungen derselben unerläßlich. Inzwischen verdient jede Milderung den Dank des katholischen Volkes. Die „Kulturpauker“ und ihre Presse sind freilich von den Maßnahmen des Herrn v. Puttkamer wenig erbaut, und stellen die Uebereinstimmung mit den noch geltenden Gesetzen in Zweifel. Dem gegenüber ist daran zu erinnern, daß die Ausweisung der Geistlichen in das Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt ist, und daß der Minister vollständig innerhalb seiner Kompetenz sich gehalten hat, wenn er die untergeordneten Behörden anweisen läßt; in Betreff der Denunziationen wegen Uebertretung der Maigesetze erst bei dem Oberpräsidium anzufragen. Hätte man von vornherein so gehandelt, so wären Hunderte von chikanösen Prozessen vermieden, und nicht so viele Gemeinden ihrer Seelsorger beraubt worden, deren Verbrechen darin bestand, daß sie der geistigen Noth verwaister Gemeinden zu Hilfe kamen. Davon versteht die kulturkämpferische jüdische Presse natürlich nichts, die den „Kulturkampf“ schon darum am Leben erhalten will, weil er sie ihrem Ziele, der Vernichtung christlichen Wesens im Volke, näher bringt.“

— Der deutsche Nautische Verein wird am 23., 24. und 25. Januar in Berlin seine Jahresversammlung halten. Auf sie richtet sich diesmal in den betheiligten Kreisen eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit, weil mehrere wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen. Die brennendste hat der Chef der Admiralität, General v. Stosch, mit seinem Erlaß vom 20. Dezember hineingeschleudert, demzufolge beim Steuerkommando fortan in der Kriegsmarine rechts (Steuerbord) bedeuten soll, was in der Handelsmarine links (Backbord) bedeutet, und umgekehrt. Ein radikaler Nationalismus hat diese Verordnung diktirt, die ohne vorgängige Verständigung mit den Organen und Repräsentanten der Handelsmarine um so weniger hätte ergehen sollen, als eine Vorabstimmung der Nautischen Vereine, die deren Präsident, Kommerzienrath Gibsone zu Danzig, im letzten Sommer durch Zirkular vornahm, eine Mehrheit von zwei Dritteln gegen einseitiges Vorgehen Deutschlands herausgestellt hatte. Da alle unsere Matrosen auf Kriegsschiffen ihrer Wehrpflicht genügen müssen, lernen sie da nun das Gegentheil von dem, was vorher und nachher für sie auf den Kauffahrern gilt, und man weiß, wie viel für die Sicherheit eines Seeschiffes von der raschen Zuverlässigkeit der Auffassung des Steuerbefehls abhängt. Der deutsche Nautische Verein wird nun natürlicher Weise auch mündlich noch über die Sache verhandeln, nachdem der Admiralitätserlaß die Lage derselben so unbehaglich verändert hat. Eine zweite wichtige Verhandlung wird sich um die Gründung eines großen allgemeinen Kreditinstituts für die deutsche Rhederei drehen, wofür bereits mehrere eingehende Projekte vorliegen. In demselben hofft man einen Hebel rascheren Uebergangs zur Dampfer-Verwendung für Seefrachtschifffahrt zu finden.

— Gegenwärtig ist man mit den Vorarbeiten zur Anlegung einer unterirdischen Telegraphenleitung von Danzig nach Königsberg einerseits und nach Graudenz und Thorn andererseits beschäftigt. Oberpostrath Maaßmann und Postrath Steinhardt aus Berlin sind eingetroffen.

— Der „Weser Zeitung“ schreibt man über den Erfolg der Subskription auf die Aktien der „Deutschen Seehandelsgesellschaft“ aus Hamburg: „Die Zeichnungen auf die Aktien der „Deutschen Seehandelsgesellschaft“ haben hier dem Anscheine nach ein nicht unbeträchtliches Resultat geliefert. Von den hier subskribirten ca. 2¼ Millionen Mk. sind nämlich allein bei der dem Hause Godeffroy verschwägerten Firma Berenberg, Goßler u. Co. ca. 1,600,000 Mark gezeichnet, und zwar fast sämmtlich von dieser Firma selbst und Baring Brothers in London, deren Korrespondenten Berenberg, Goßler u. Co. sind. Es handelt sich hierbei um nichts anderes, als um den Umtausch der völlig unrealisirbaren, bei den betreffenden Firmen verpfändeten Aktien der „Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft der Südsee“ gegen die neuen, mit 3 Prozent vom Reiche garantirten Aktien der „Deutschen Seehandelsgesellschaft,“ ein um so besseres Geschäft, als das Provenü der Zeichnungen, wie bereits bekannt, zunächst zur Einlösung der in den gleichen Händen befindlichen nothleidenden Akzepte der Firma J. C. Godeffroy u. Sohn Verwendung finden wird. Auch die Zeichnung der Norddeutschen Bank zum angeblichen Betrage von 250,000 Mk. erklärt sich aus gleichem Grunde. Werden J. C. Godeffroy u. Sohn durch die „Deutsche Seehandelsgesellschaft“ wieder flott gemacht, so wird auch der in der Bilanz pro 1878 gebildete Extrareservefonds von 1 Million Mark, der in Rücksicht auf den damals bereits vorausgesehenen Fall des Hauses Godeffroy zurückgestellt worden, wieder verfügbar, und man kann es also der gedachten Bank durchaus nicht verdenken, wenn sie an den Bestrebungen zur Rettung des Hauses durch Gründung der „Deutschen Seehandelsgesellschaft“ eifrig Theil nahm, und jetzt ¼ Million riskirt, um eine ganze Million zu salviren. Recht gutem Vernehmen nach soll die gesammte Summe, welche aus dem Publikum heraus für die „Deutsche Seehandelsgesellschaft“ subskribirt ist, hinter 50,000 Mk. noch zurückbleiben, was bei der Stimmung, die über die ganze Sache hier herrscht, sehr glaubhaft erscheint.“

— Ueber die am 20. zu Primkenau erfolgte feierliche Beisetzung des zu Wiesbaden plötzlich verstorbenen Herzogs Friedrich zu Schleswig-Holstein wird uns Folgendes berichtet:

Nachdem am Morgen Se. K. K. Hoheit der Kronprinz zu der Trauerfeier hier eingetroffen und Ihrer Hoheit der Frau Herzogin, wie der herzoglichen Familie sein Beileid ausgesprochen hatte, hielt im Trauerzimmer, wohin Se. K. K. Hoheit die Frau Herzogin geleitete, nach dem Vortrage einer Motette zum Beginn des Traueraktes der Konsistorialrath Dr. Dibelius aus Dresden (welcher im vorigen Jahre die Konfirmation des Erbprinzen Ernst Günther vollzogen), am Sarge des Entschlafenen eine ergreifende Rede. Demnächst ordnete sich der Trauerzug (die Korporationen, Schulen, Beamten u. s. w.) in der nach dem Programm vorgeschriebenen Weise. Unmittelbar vor dem Sarge schritt der Herzogl. Hofchef, Baron v. Issendorff, die Orden des Dahingeschiedenen auf einem Kissen tragend. Dem Sarge selbst folgten sämmtliche fürstlichen Herrschaften, der Erbprinz Ernst Günther, der Bruder des Herzogs, Se. Königl. Hoheit Prinz Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und der Schwager des Herzogs, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, sodann Prinz Friedrich, Graf von Noer, Erbprinz Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen, demnächst Se. K. K. Hoheit der Kronprinz mit den regierenden Fürsten v. Waldeck und Reuß j. L. Den fürstlichen Herren reihten sich die Abgesandten der fürstlichen Höfe, die Kavaliere und Adjutanten und das übrige Trauergefolge an, unter welchem sich Deputationen der schleswig-holsteinschen Kampfgenossenschaft, der schleswig-holsteinschen Landespartei und Stadt-Vertreter aus Kiel befanden. Auf dem evangelischen Kirchhofe angekommen, bildeten die Schützengilde, der Kriegerverein und die Hüttenleute Spalier, durch welches sich der Trauerzug in die Kirche begab. Nachdem der reichgeschmückte Sarg niedergesetzt und die Anfangsverse des Liedes: „Jesus, meine Zuversicht“ gesungen worden waren, betrat Pastor Mühlenhardt aus Schönkirchen bei Kiel den Altar und hielt in bewegten Worten die Leichenrede. Eine Arie, Vaterunser und Segen beschlossen die Feier. Unter Choralgesang wurde der Sarg gehoben und unter alleinigem Geleit seitens der nächsten Angehörigen des Entschlafenen zur Gruft gebracht, wo Herzog Friedrich seine Ruhestätte zwischen seinen Eltern gefunden hat. — Nachmittags 3 Uhr trat Se. K. K. Hoheit der Kronprinz die Rückreise nach Berlin an.

Oesterreich.

In Wien coursirten in den letzten Tagen Gerüchte über eine bevorstehende Ergänzung des Ministeriums Taaffe, welches bekanntlich bis jetzt immer noch nicht vollzählig ist. Es soll sich zunächst um die Besetzung der beiden Portefeuilles der Finanzen und des Unterrichts handeln. Als provisorischer Leiter des Finanzministeriums fungirt der Sektions-Chef Chertek; während nun von einer Seite behauptet wurde, derselbe solle definitiv zum Minister ernannt werden, heißt es andererseits, daß er einer stark nach rechts neigenden Persönlichkeit Platz machen werde. Für das Portefeuille des Unterrichts, welches bis jetzt Herr von Stremayr neben dem Justizministerium provisorisch führt, soll der General-Direktor der Nordwestbahn, v. Czedik, in Aussicht genommen sein, derselbe, dessen Name während der Berathung des Wehrgesetzes durch den von ihm eingebrachten vermittelnden Antrag bekannt wurde. Das feudale „Vaterland“ knüpft an die Mittheilung von der bevorstehenden Besetzung des Unterrichts-Ministeriums, ohne den Namen des Kandidaten zu nennen, die Bemerkung, daß es sich dabei zeigen würde, „inwieweit die Majorität von der jetzigen Regierung berücksichtigt wird“. Herr v. Czedik gehört der Majorität nicht an, sondern ist Mitglied des liberalen Klubs, und deshalb kann man vielleicht den angeführten Satz als den Ausdruck des Mißmuthes darüber auffassen, daß die Regierung die Majorität nicht genügend berücksichtigen dürfte. Czedik ist übrigens von Hause aus Schulmann und war Sektions-Chef im Unterrichtsministerium, ehe er die Stellung eines General-Direktors der Nordwestbahn übernahm.

Frankreich.

[Ueber den französischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Ingenieur H. Varroy,] schreibt man der „Nat.-Ztg.“:

Der jetzige französische Bautenminister H. Varroy ist ein guter Kenner des deutschen Eisenbahnwesens, dessen Entwickelung er mit lebhaftem Interesse, unterstützt von vollständiger Kenntniß der deutschen Sprache, verfolgt. Seine ersten Studien der deutschen Bahnen hat er im Verein mit seinem Freunde Pr. Jutier, einem ausgezeichneten Maschinen-Techniker (jetzt General-Inspektor der Bergwerke) unter Leitung M. M. von Weber's, der damals Staats-Eisenbahn-Direktor in Dresden war, gemacht, bei dem er sich zu diesem Zwecke geraume Zeit aufhielt. Der junge, geistvolle, universell gebildete Ingenieur zeigte schon damals ungewöhnliche Fähigkeiten. Es hatte sich

---

schen Regierung. Als die Sache publizistisch zur Sprache kam, wurde sie mit dem größten Aufwand sittlicher Empörung geleugnet. Der Nachweis ließ natürlich nicht lange auf sich warten, worauf im harmlosesten Biedermannstone erklärt wurde, wenn der Herzog legitim sei, müsse er doch auch regieren dürfen. Den Höhepunkt seines Einflusses erreichte der Herzog im Sommer 1865. Wer damals auch nur von einem bundesstaatlichen Anschluß an Preußen sprach, wurde einfach ausgelacht. Der gegen den österreichischen Mitwisser an diesen Dingen eben so geschickt wie ostensibel geführte preußische Streich mit der Verhaftung des Agitators May, eines geborenen Schlesiers, unter den Augen der österreichischen Besatzung zu Altona, erzwang dann die gasteiner Konvention. Die letztere war zugleich der entscheidende Schlag gegen der Herzog Friedrich. Während sich Schleswig unter dem eben so energischen wie populären Regiment des preußischen Gouverneurs Manteuffel schnell beruhigte, entfaltete sich in Holstein die Agitation gradezu schrankenlos. Der schwache Herzog, von der Rücksicht auf die Gefühle der nationalgesinnten Schleswiger wie auch Preußen mehr und mehr befreit, verlor zugleich den Zügel des bisher geleisteten Doppelspieles aus der Hand und war nur noch ein Aushängeschild für eine in ihrem ganzen Wesen an das Republikanische anstreifende und dabei sogar mit Frankreich liebäugelnde Demagogie geworden. Der süddeutsche Radikalismus hat wohl gewußt, weshalb er einen im Grunde reaktionären Fürsten so hartnäckig feierte. Weniger mag es der preußische Fortschritt gewußt haben. Dieses Getriebe entfremdete dem Herzog denn auch sehr bald einen großen Theil seiner holsteinischen Anhänger; der ruhige Theil der Bevölkerung empfand es wie eine Erlösung, als die preußischen Truppen dem Taumel ein Ende machten. Wohl aber hat jene Zeit in Holstein und dem benachbarten Hamburg den Keim zu jener sozialdemokratischen Saat gelegt, welche 1874 in zwei sozialdemokratischen Reichstagssiegen aufging und auch später dem dortigen Parteileben eine besondere Farbe zu geben verstanden hat. Für die Stellung des Herzogs kam damals (1865—1866) noch schädigend in Betracht, daß der österreichische Gouverneur Gablenz trotz aller offiziellen Höflichkeit ihn im Grunde als gar nicht vorhanden betrachtete und sich selbst überall in den Vordergrund stellte; es war dies der Preis der Erlaubniß für die schrankenlose Agitation gegen den „Mitbesitzer.“ Der jetzige österreichische Reichsfinanzminister, Freiherr v. Hoffmann, damals Civiladlatus des Militär-Gouverneurs Gablenz, äußerte sich über jene ganze „Komödie“ stets mit dem unverhohlensten Sarkasmus. Den würdigen Schluß des Ganzen bildete die Außerkurssetzung des preußischen Papiergeldes im Mai 1866 durch die holsteinische Landesregierung und einen Monat später bei dem Anmarsch der Preußen aus Schleswig die eilfertige Flucht der holsteinischen Kassen-Bestände nach Wien. Daß das Geld des Landes, statt wie gefürchtet und an die Wand gemalt, statt nach Berlin jetzt gar nach Wien ging, wollte den holsteinischen Bauern durchaus nicht in den Kopf. Natürlich hat Oesterreich dann das Geld im Frieden auf Heller und Pfennig noch besonders zurückzahlen müssen. Mit dem Gouverneur Gablenz fuhr der Herzog in der Frühe eines Junimorgens nach Altona ab; er hatte die Nacht vorher aus Furcht vor den preußischen Marinetruppen nicht mehr in seiner kieler Strandvilla zuzubringen gewagt und ersparte durch diese Haltung den Preußen jedenfalls eine Verlegenheit. Eine aus Altona gleichzeitig mit den Abschiedsworten des Feldmarschallieutenants Gablenz erlassene Proklamation fiel platt zu Boden, so gut wie der spätere Protest von gewissen hohen berliner Stellen aus gegen die Annexion. Zwischen 1865 und 1870 sind noch wenigstens die ersten Anknüpfungen zu vertraulichen Unterhandlungen unternommen worden; der Herzog blieb starr und erzielte selbst bei den ihm wohlwollendsten Persönlichkeiten des preußischen Hofe zuletzt nur noch unwillige Urtheile. 1870 erließ er eine Proklamation mit außerordentlich unnöthiger Aufforderung an die Holsteiner zur Betheiligung an dem Nationalkampfe gegen Frankreich; seine und ihre Rechte behielt er dabei vor. Einzelne gutmüthige Leute fanden das edel gehandelt, die Mehrzahl gerade seiner früheren Anhänger beurtheilte diesen Akt mit der tiefsten Erbitterung. Ueberhaupt verstand der unglückliche Fürst, persönliche Freundschaften ziemlich bald zu ermüden und in das Gegentheil umzuwandeln. Seine Rolle als bairischer Generalmajor im deutschen Hauptquartier zu Versailles ist bekannt. Von ihm wie von dem englischen König Jakob II. ebenfalls in Versailles ist gesagt worden, daß, wer ihn sah und hörte, sein Schicksal begriff. Zuletzt wurde sein Name etwa vor drei Jahren in der Oeffentlichkeit genannt, als er seine in der Gegend von Gravenstein im Sundewitt belegenen schleswigschen Besitzungen dem dänischen mehrbietenden Pächter gegen den bisherigen deutschen Inhaber überließ. Das geschah in derselben Gegend, in welcher sein Jugendglück durch die dänische Propaganda zerstört worden war, mitten in dem Kampfe der deutschen Minorität um die Behauptung jenes Nordschleswigs, das erst durch den österreichisch-deutschen Vertrag vom 11. Oktober 1878 wieder staatsrechtlich zweifellos mit dem übrigen Schleswig-Holstein und dem deutschen Reiche verbunden worden ist. Mit diesem Schlußeindruck schied er von dem Lande seiner Geburt.

Persönlich habe ich ihn nur einmal gesehen, und zwar im September 1865 auf der Straße in Kiel; er sah wie ein schleswig-holsteinischer Gutspächter oder Gutsbesitzer aus und affektirte auch einigermaßen die ländliche Tournure. Die Züge erinnerten auffallend an das alte dänische Königshaus und speziell an den letzten Herrscher desselben, Friedrich VII. Großer, kühner, nordischer Schnitt mit stark hervorstehendem Untergesicht; das letztere war einigermaßen entstellt. Er galt für sehr leutselig; einen gewissen Zwang wollten manche Beurtheiler indeß sehr deutlich durchfühlen. Von seinem Standpunkte aus hat er jedenfalls viel Zähigkeit und Hartnäckigkeit wie auch passiven Muth bewiesen; politischer Blick, gerade, aufrechte Haltung und Entschlußkraft waren ihm versagt oder das Exil mit allen seinen traurigen Einflüssen hatte jene Eigenschaften nicht bei ihm gedeihen lassen. Ich bezweifle, daß sein Tod die Herzen in den Herzogthümern noch einmal höher wird schlagen lassen. Die augustenburgische Sache war ohnehin Dank der nicht unverschuldeten Unpopularität des alten Herzogs Christian August, dann dem Halbverzicht des Letzteren auf die Erbfolgerechte und endlich der Erschöpfung nach, der Katastrophe von 1850 und 1851 in den Herzogthümern so gut wie vergessen. Die nationale Partei von Schleswig-Holstein hatte dann in der damaligen Komödie der Irrungen nothgedrungen ihren späteren Todfeind dem Bewußtsein des Landes wieder näher gebracht. Das Schicksal ließ für Sache und Person einige Zeit einen außerordentlich günstigen Luftzug in der deutschen Politik wehen, aber der Führer verstand nicht in den Hafen zu kommen. Als er einmal aus dem Lande war, war er bald vergessen. In Dithmarthschen und Kiel dürfte er bis zuletzt eine gewisse Anhängerschaft behalten haben und geht diese vielleicht sogar auf seinen Sohn über, wenn dieser die traurige Prätendentenrolle fortzuführen geneigt und in der Lage sein sollte.

Die augustenburgische Episode 1863—1866 hat so recht eigentlich den Höhepunkt der früheren deutschen Irrungskomödie bezeichnet. Das übrigens keineswegs unlädirte Erbrecht des Herzogs Friedrich und die nationale Bewegung beförderten einander Anfangs gegenseitig. Schwäche, Selbsucht und Verblendung ließen den Träger desselben mit jenem Bundesgenossen brechen und sofort zeigte sich, was jenes Recht allein werth war. Ohne Unterstützung durch vielseitige Interessen, ohne Bedeutung für nationale Zwecke, ohne Leistung für die deutsche Gesammtheit ist eine fürstliche Erbprätension heut' zu Tage eben etwas Wesenloses, ein Petrefakt aus längst vergangenen Zeiten. Es war das unfreiwillige Schicksal und Verdienst des Herzogs Friedrich, diese Wahrheit in dem Auf- und Niederschwunge seines Glückes zuerst zu erfahren und dann eindringlich zu predigen. Grade als Gegner der republikanischen Staatsverfassung wie des unhistorischen deutschen Einheitsstaates muß man sich über die Nachdrücklichkeit dieses Exempels freuen.

(Magd. Ztg.) Cajus Möller.

zu jener Zeit in Dresden eine Art kleiner Akademie für fremde Eisenbahnmänner gebildet, die, um deutschen Eisenbahnbetrieb zu studiren, nach Deutschland gekommen waren. Eine ansehnliche Anzahl solcher, die zum Theil jetzt sehr bedeutende Stellungen einnehmen, verweilte längere oder kürzere Zeit in dieser Absicht in der sächsischen Residenz. Von hervorragenden Franzosen waren nach und nach da J. Hirsch, jetzt General-Inspekteur der Eisenbahnen, Charles Goschler, Autor des berühmtesten französischen Werkes über Eisenbahntechnik, ferner Aug. Alguié, Arm. Considère, Alf. Lacour, Emil Binse, Floucaud de Fourcroy, van der Wynckèle, Verrine, Paul Beugnet, Jules Legros, fast alle jetzt, so weit sie noch leben, hohe Funktionäre im Staats- und Privatdienste. Als Altmeister, die mehr zu lehren als zu lernen kamen, hatten sich der Nestor der französischen Technik, General Morin, und der Schöpfer der „Ecole Centrale", Auguste Perdonnet, eingefunden.

Belgien.

Das klerikale Blatt: „L'Aurora" beginnt mit der Veröffentlichung „belgischer Briefe" und beschäftigt sich unter Anderem mit dem in Belgien zwischen der Kirche und der Staatsgewalt herrschenden Konflikte. Es wird darauf hingewiesen, daß der Minister des Auswärtigen Frère-Orban zwar im Prinzip die Trennung der Kirche vom Staate vertheidige, nichtsdestoweniger aber sich an den Vatikan gewendet habe, um mit dessen Unterstützung die „Beruhigung der Gemüther" in Belgien herbeigeführt zu sehen. „Aurora" betont nun, daß die Antwort Leo's XIII. gelautet habe, daß das vielbesprochene Kollektivschreiben der belgischen Bischöfe, welches sich gegen die Unterrichtsvorlage wendete, vom Standpunkt der Doktrin vollständig korrekt gewesen sei. Der Artikel schließt dann: „Dies ist die bedeutsame Seite der Frage, und wir werden uns daran halten in der Erwartung, daß die Feinde der Kirche einsehen, wie sie das Gefühl der katholischen belgischen Nation beleidigt haben, und daß sie ein Gesetz verwerfen, welches den Ausdruck des Grolls einer kleinen und von den Besten verurtheilten Minderheit ist."

Rußland und Polen.

△ **Warschau**, 15. Januar. [Es bleibt beim Alten.] Bekanntlich kündigte Fürst Golicyn vor einiger Zeit an, er werde von Neujahr ab eine Zeitung, den „Warszawski Dnjewnik" ohne Präventiv-Zensur, also unter denselben Bedingungen herausgeben, unter denen die petersburger und moskauer Blätter erscheinen. Die gestrige erste Nummer des Blattes sagt uns jedoch, daß es nicht so gemeint war. Fürst Golicyn betrachtet die Zensur als eine „theure Beratherin, als einen guten Erzieher", und deshalb wird auch er, wie sein Vorgänger, sich an ihrem Gängelbande leiten lassen. Fürst Golizyn entschuldigt sich gegenüber seinen Lesern, weil er kein Programm veröffentlicht, um durch dasselbe, wie die klassischen Schauspieler, das Publikum auf den Inhalt des Stückes vorzubereiten und durch ihr „plaudite!" es zu Gunstbezeugungen aufzufordern. Und doch hat Fürst Golicyn in zwei Worten ein Programm veröffentlicht, das nicht deutlicher und klarer sein kann. Es befindet sich ganz am Ende der vierten Seite, unter dem Schlußstriche und lautet: „Doswoleno pjetschalatj" (Erlaubt zu drucken). Der „Warszawskij Dnjewnik" soll ein Blatt für die in Warschau und Polen lebenden Russen sein und diese mit dem bekannt machen, was in der Heimath vorgeht. Da er jedoch weniger enthält, als die russischen, ja selbst als die größeren polnischen Zeitungen, wird er ihnen kaum Konkurrenz machen. Das Blatt erhält, wie alle freiwillig gouvernementalen und von Beamtenkreisen redigirten Blätter Europas, amtliche Inserate (in der ersten Nummer auf einen Ruck zwei Seiten), und außerdem auch Zuschuß von der Regierung. In dieser Weise wird es wohl vegetiren können; es wird jedoch bei der Bevölkerung ebensowenig Eingang finden und Einfluß gewinnen, wie ähnliche deutsche Blätter.

Bulgarien.

Ueber den bereits telegraphisch gemeldeten griechisch-bulgarischen Kirchenskandal zu Philippopel in der Nacht zum 5. Januar geht der „Pol. Korr." unterm 16. Januar ein ausführlicher Bericht zu, dem wir Folgendes entnehmen:

In der Nacht vor den griechischen Weihnachten wurde die Ruhe der Stadt durch ein Ereigniß gestört, das leicht die traurigsten Folgen hätte nach sich ziehen können. Einige Bulgaren schlichen sich nämlich um Mitternacht in die griechische St. Paraskevi-Kirche (heil. Charfreitags-Kirche) und zwangen den Sakristan, der sich in der Sakristei ganz allein befand, ihnen die Kirchenschlüssel zu übergeben. Die Bulgaren holten sodann einen bulgarischen Popen herbei, der die Kirche nach bulgarischem Ritus konsekriren mußte. Der Sakristan schlug indessen Lärm, worauf von allen Seiten Griechen herbeikamen, die sich auf dem nahen Adrianopler Platze ansammelten und sodann die Kirche mit Gewalt wieder zu nehmen versuchten. Es gelang ihnen nicht, denn die Bulgaren waren in Ueberzahl und wurden überdies von einigen Milizsoldaten unterstützt. Als die Behörde hiervon Nachricht erhielt, entsandte sie einige Detachements Gendarmerie und Miliz an Ort und Stelle, um die Ordnung wieder herzustellen. Die Kirche wurde sofort geschlossen und einige Kompagnien Soldaten mußten vor derselben verbleiben, um neue Kämpfe zu verhindern.

Am nächsten Morgen wußte man in der ganzen Stadt von dem Vorfalle. Die Griechen versammelten sich in ihren fünf anderen Kirchen und veranstalteten eine lärmende Demonstration, um die Wiederherausgabe der St. Paraskevi-Kirche von der Behörde zu erwirken. Zu diesem Zwecke begaben sie sich zu allen Konsuln, in erster Linie zum englischen Generalkonsul Mitchell, der seine Unterstützung zusagte, und schließlich zu Aleko Pascha. Im großen Hofe des Konaks standen auch Bulgaren in Haufen, um eine Gegendemonstration zu machen, sodaß die Polizei alle ihre Macht aufbieten mußte, um einen Zusammenstoß zu verhüten. Aleko Pascha erklärte der griechischen Deputation, daß er, im Interesse der griechischen Gemeinde selbst, angesichts der allgemeinen Aufregung nicht sofort einen Beschluß fassen wolle; er glaube, die Kirche sollte bis nach den Feiertagen geschlossen bleiben, um blutige Konflikte fern zu halten. Auf den Rath des russischen Generalkonsulats übergab Aleko Pascha am nächsten Tage die Kirchenschlüssel an den griechischen Bischof Msgr. Neophytos, und der Zwischenfall wäre hiermit beendigt gewesen, wenn die Griechen ihrer Freude nicht einen allzu lärmenden Ausdruck gegeben hätten. Es kam sogar zu einem Handgemenge, und ein Grieche verwundete durch einen Revolverschuß einen bulgarischen Gendarmen. Dies war das Signal zu noch größeren Balgereien. General Strecker erschien selbst auf dem Platze, und es gelang ihm, nicht ohne Mühe, die Kämpfenden zu trennen und zu zerstreuen. Der Grieche, der den Gendarmen verwundet hatte, wurde verhaftet. Das griechische Konsulat reklamirte ihn sofort auf Grund der Kapitulationen, allein General Strecker gab ihn nicht heraus.

Seitdem herrscht hier vollständige Ruhe. Die Gereiztheit zwischen beiden Parteien ist wohl sehr groß, allein ein Ausbruch der Feindseligkeiten ist nicht mehr zu besorgen. Die Türken beobachten eine ganz ruhige und neutrale Haltung. Die Frage des Besitzrechts an der St. Paraskevi-Kirche wird vom hiesigen obersten Gerichtshofe entschieden werden. Zu bemerken wäre noch, daß, obwohl die bulgarische Bevölkerung in Philippopel 5—6 Mal größer ist als die griechische, die letztere dennoch über 6 Kirchen verfügt, während die Bulgaren nur eine einzige Kirche haben, die für eine Bevölkerung von 30,000 Seelen selbstverständlich unzureichend ist.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 22. Januar. Dem Bundesrath ging eine Vorlage über eine Ergänzung und Aenderung des Reichsmilitärgesetzes zu, wonach von Anfang April 1881 ab die Infanterie in 503 Bataillone, die Feldartillerie in 340 Batterien, die Fußartillerie in 31 Bataillone, die Pioniere in 19 Bataillone formirt werden sollen. Neu errichtet werden 11 Infanterie-Regimenter (8 preußische, 1 bairisches, 2 sächsische), ein preußisches Feldartillerie-Regiment von 8 Batterien, ein preußisches Fuß-Artillerie-Regiment und ein preußisches Pionierbataillon; ferner treten zu den bereits bestehenden Formationen 32 Feldbatterien (24 preußische, 4 bairische, je 2 sächsische und würtembergische) neu hinzu. Die hierdurch erwachsenden dauernden Ausgaben betragen 17,160,242 M., die einmalige Ausgabe 26,713,166 Mark.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 22. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaussitzung.] Der Gesetzentwurf, betreffend den Umtausch preußischer und oldenburgischer Gebietstheile, wird in dritter Lesung genehmigt. Es folgt die Berathung des zum zweiten Male aus der Kommission zurückgekehrten Feld- und Forstpolizeigesetzes, woran die Kommission einige Milderungen vorgenommen hat. Vor Eintritt in die Diskussion über den Entwurf selber entspinnt sich eine Erörterung über die Vorfrage, ob nicht der ganze Entwurf durch Verweisung als Materie zur provinziellen Regelung zu erledigen sei.

Der Minister Lucius erklärt, die Regierung könne auf die provinzielle Regelung selbst in beschränkendem Maße nicht eingehen.

Zur Generaldiskussion bei § 1 spricht Franke gegen den Entwurf.

Graf York dafür, Schorlemer-Alst dagegen.

Minister Lucius vertheidigt den Entwurf. Es handle sich nicht um eine unreife, nicht genügend durchgearbeitete Vorlage; dieselbe beruhe vielmehr auf gründlichen Studien. Es handle sich auch nicht blos um Verschärfungen, sondern es würden auch wesentliche Milderungen vorgeschlagen. Die Vorlage stehe auf dem Boden der allgemeinen, für die ganze Monarchie giltigen Gesetze. Das Gesetz sei nach den verschiedensten Richtungen ganz unerläßlich und unaufschiebbar. Auf dem Lande sei die Anleitung der Kinder zur Entwendung von Feldfrüchten ganz gewerbsmäßig. Die von einer Seite empfohlene Selbsthülfe sei ganz zu verwerfen. Die Vorlage schließe sich lediglich den Eigenthumsbegriffen an, die zur Zeit im Lande gang und gäbe seien. Der Minister führt aus, warum sich die einheitliche Regelung gegenüber der provinziellen empfehle und bittet, in die Spezialdiskussion einzutreten.

Nachdem noch Jacobs für, Eynern gegen die Vorlage gesprochen, wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 74 Stimmen angenommen.

Die Paragraphen 2 bis 8 werden mit einem Amendement zu § 4 nach den Kommissionsanträgen genehmigt; hierauf wird die Debatte vertagt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

[Das Herrenhaus] genehmigte das Ausführungsgesetz zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte und erledigte eine Reihe von Petitionen.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg." widerlegt die von einem Theil der Presse gegen die Gründung der deutschen Seehandelsgesellschaft mit Unterstützung des Reichs erhobenen Bedenken und schließt, überall sei der nationale Gedanke, der die Sache beherrschende, gewesen. Nichts sei unwahrer als die Behauptung, daß es sich um die direkte oder indirekte Unterstützung der bekannten hamburger Firma handele. Wir zweifeln auch nicht, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reichs in diesem Sinne die Angelegenheit auffassen und dieselbe trotz manchen Widerspruchs von bekannter Seite gutheißen und genehmigen werden.

London. Einer Meldung aus Kabul vom 21. zufolge scheinen die Bemühungen der Engländer, die angesehensten Sirdars zur Unterwerfung zu bewegen, gelingen zu wollen. Zwei Söhne Hubbab Ullaf Khans sind am 20. d. im britischen Lager angekommen. Mahomed Khan befindet sich mit sechs Regimentern in Ghazni.

Vermischtes.

* **Viel Lärm um Nichts.** Das Pistolenduell, das vor einiger Zeit wiederum zwischen zwei Studenten stattgefunden haben soll, hat, wie Berliner Blätter anscheinend authentisch zu berichten wissen, keineswegs den tragischen Ausgang genommen, wie berichtet wurde. Im Gegentheil, der Studiosus D. ist seinen Wunden nicht erlegen, ebenso wenig ist er überhaupt verwundet worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Duell gar nicht stattgefunden hat. Und doch haben L. und F. — die überdies gar nicht einmal Studenten, sondern schlichte Handlungsbeflissene sind — die Flucht ergriffen. Sie sind flüchtig geworden unter Mitnahme einer größeren Summe, welche der „Herr Studiosus L.", allerdings ohne Wissen und Wollen seines Herrn Papas, dessen Kasse entlehnt hat. Um diese Zwangsanleihe einigermaßen zu erklären, hat er seinem Valer die Duellgeschichte in einem zurückgelassenen Schreiben aufgebunden. Dadurch, daß der Vater in verschiedenen Kneipen sein Söhnchen suchte und auf das Duell zielende Bemerkungen fallen ließ, hat dieses Märchen seinen Weg in die Zeitungen gefunden. Der Herr „Studiosus F." wird allerdings seinem Freunde sekundiren, d. h. in der Durchbringung des Geldes.

Locales und Provinzielles.

Posen, 22. Januar.

[In Sachen der hiesigen „konservativen" Zeitung] geht der „Kreuzzeitung" eine aus thatsächlichen Unwahrheiten und Entstellungen gemischte Korrespondenz folgenden Inhalts zu:

„In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar behauptete der Abg. Rickert, die Regierung habe, um die nationalliberale „Posener Zeitung" ihres Einflusses zu berauben, das fortschrittliche „Posener Tageblatt" durch ein Konsortium ankaufen lassen, und so sei dieses Blatt über Nacht konservativ geworden. Um nun diesem Blatte die größtmöglichste Verbreitung zu verschaffen, lasse sich die Regierung eine ganz unerhörte Ueberschreitung ihrer amtlichen Kompetenz zu Schulden kommen, indem sie möglichst nur diesem Blatte sämmtliche amtlichen Kundgebungen zuwende und so das Publikum zwinge, das Blatt zu halten. Dieser ganze Vorwurf aber beruht auf vollständig unwahren Informationen. Die Gründung unseres konservativen „Tageblatts", das nach zweimonatlichem Bestehen bereits über 2000 Abonnenten gewonnen hat, war ein Akt der Nothwehr gegen die Angriffe Seitens der Redaktion der „Posener Zeitung" gegen alle Andersdenkenden. Während der ganzen Zeit der Vorbereitungen zu den letzten Wahlen wurden Alle, welche nicht den politischen Standpunkt der „Posener Zeituug" zu dem ihrigen machen konnten, in unwürdiger Weise verdächtigt und angegriffen, unter Anderem z. B. nur mit dem Namen Desperados erwähnt. Auf ein Blatt aber abonniren zu müssen, in dem man sich in der angegebenen Weise behandelt sah, war denn doch eine zu starke Zumuthung, und allgemein wurde das Verlangen rege, ein neues Blatt zu begründen. In Folge dessen brachte dann eine Anzahl gemäßigt liberaler und konservativer Männer die erforderlichen Geldmittel auf und gewannen den Verleger des bisher fortschrittlichen „Posener Tageblattes", dasselbe mit veränderter Tendenz erscheinen zu lassen. Demnach ist das Blatt geradezu aus der Mitte des Volkes heraus entstanden und vollständig unabhängig. Uebrigens wird Niemand der Regierung einen Vorwurf daraus machen können, daß sie ihre Inserate einem Blatte entzogen hat, welches fortgesetzt ihre Intentionen bekämpfte. Was schließlich die Behauptung des Abgeordneten Richter betrifft, das „Posener Tageblatt" werde aus dem Reptilienfonds erhalten, so ist das mindestens eine Unwahrheit."

Wir behalten uns die Widerlegung dieser „poetischen Ergüsse" auf morgen vor. Es ist erstaunlich, welch' krauses mythologisches Rankenwerk eine gewisse „Jesuwiter"-Phantasie, um mit Onkel Bräsig zu reden, um die hiesigen Vorgänge bei der Landtagswahl und in der Presse binnen so kurzer Zeit zu weben verstand. Da die betreffende Mittheilung in die „Kreuzztg." nur lancirt wurde, um von ihr aus den Weg in maßgebende Kreise zu finden, so wollen wir nicht lange säumen, dem luftgewobenen Schemen die schlichte Wahrheit sofort als Begleiterin mit auf den Weg zu geben.

× [Zum Ansturm der Ultramontanen auf die Simultanschulen.] Unsere ultramontanen Faiseure, welche jetzt die Zeit für gekommen erachten, um nach oben hin durch gemachte Demonstrationen und zusammengetrommelte Volksversammlungen zu wirken, sind über die speziell einzuschlagende Taktik in Uneinigkeit gerathen. Bekanntlich soll am nächsten Sonntag hierselbst eine Volksversammlung stattfinden, in der eine Petition um Aufhebung des simultanen Charakters der Volksschulen in der Stadt Posen zur Annahme gelangen wird. Der „Kur. Pozn." und die geistlichen Regisseure des ultramontanen Marionettenspiels haben sich wohlweislich blos auf die konfessionelle Frage beschränken und die Sprachenfrage hierbei nicht weiter berühren wollen, um nach oben hin keinen Anstoß zu erregen. Das gefällt indeß dem „Goniec" sowohl wie dem „Dziennik" durchaus nicht und beide verlangen kategorisch, daß auch die Angelegenheit der Unterrichtssprache zur Erörterung kommen soll; andernfalls droht der „Dzelnnik" sogar mit Einberufung einer zweiten Volksversammlung.

△ [Der Oberlandesgerichts-Präsident von Kunowski] ist heute in Dienstangelegenheiten nach Kolmar i. P. gereist.

\+ **Regierungs-Assessor Maisan,** früher Amtsrichter in Gostyn, ist bei der hiesigen Regierung eingetreten.

r. **Bei der Stichwahl zu der Handelskammer** ist, wie schon mitgetheilt, am 21. d. Mts. Kaufmann Wilhelm Kantorowicz gewählt worden. Da es nun hier zwei Kaufleute dieses Namens giebt, und zwar: Wilhelm Kantorowicz, in Firma Wilh. Kantorowicz jun., und Wilh. Kantorowicz, in Firma Hartwig Kantorowicz Söhne, so ergänzen wir unsere Mittheilung über das Wahlresultat noch dahin, das der Gewählte Kaufmann Wilh. Kantorowicz, in Firma Wilhelm Kantorowicz jun. ist.

Ein polnischer Ehrenkranz für Windthorst. Die Perle von Meppen hat das Glück gehabt, von den Angehörigen der polnischen Landtagsfraktion durch eine zarte Aufmerksamkeit erfreut zu werden, wie sie von dieser Seite bisher wohl noch keinem deutschen Abgeordneten zu Theil geworden ist. Gelegentlich des Geburtstagsfestes, welches Herr Windthorst am letzten Sonnabend feierte, fand nämlich ein Diner der Zentrumsabgeordneten und Polen statt, wobei die Letzteren, wie der „Goniec Wielkopolski" berichtet, dem Gefeierten einen mit weiß-rothen Bändern durchflochtenen Kranz überreichten, der die Inschrift „Polonia" trug. Die Perle soll sehr gerührt gewesen sein.

r. **Zum Besten des Diakonissen-Krankenhauses** hielt am 20. d. M. in der Aula des königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums Hauptmann von Weltziehn einen Vortrag: „Bilder aus dem Völkerleben aller Zeiten". Der Redner, welcher den reichen Inhalt seines Vortrages ohne jede schriftliche Aufzeichnung vollkommen frei beherrschte, und dabei eine bedeutende Gewandtheit der Rede entfaltete, wies zunächst darauf hin, wie bei aller Verschiedenheit ethnographischer Erscheinungen doch allen Völkern, mögen sie nun auf der niedrigsten oder der höchsten Kulturstufe stehen, gewisse Züge gemeinsam seien, wie es verschiedene Kulturformen gebe, deren Berechtigung man erst allmählig erkannt habe, und wie das Klima ein bestimmender Faktor für die Kulturstufe der Völker sei, indem gerade in der gemäßigten Zone, wo die Existenz durch die natürlichen Verhältnisse nicht zu sehr erschwert werde, aber doch Alles erst durch angestrengte Thätigkeit errungen werden muß, die Völker zu der höchsten Kulturstufe emporgestiegen sind. Redner führte nun seinen Zuhörern eine Reihe von Bildern aus dem Völkerleben vor, indem er dabei von den auf der niedrigsten Stufe der Kultur stehenden Völkern, von den Fischer- und Jäger-Völkern, die mehr und mehr ihrem Untergange entgegengehen, ausging. Derartige Völker sind die Australier, bei denen das Weib noch eine tiefe, verachtete Stellung einnimmt, manche Völker in Afrika, insbesondere die Buschmänner, ferner die Feuerländer in Süd-Amerika. Eine etwas höhere Stufe, als diese auf der niedrigsten Kulturstufe stehenden elenden Völker, nehmen die Jägervölker Nordasiens (die Tungusen) sowie Amerikas ein, bei denen sich doch schon ein gewisser Sinn für Bequemlichkeit zeigt, indem sie unter Zelten wohnen. Während die Indianer in Nordamerika, zum Theil schon von der höheren Kultur beleckt, mehr und mehr ihrem Untergange entgegengehen, sind die Indianerstämme am Amazonenstrome, denen die Natur den Lebens

unterhalt in reichlichster Fülle bietet, noch unverfälscht; daß sie kulturfähig sind, haben die blühenden Ansiedelungen bewiesen, welche die Jesuiten im vorigen Jahrhundert unter ihnen errichteten, die jedoch nach Vertreibung der Jesuiten wieder eingingen. — Redner ging sodann zu den Hirtenvölkern über, welche zwar ihrer Heerden wegen ein wanderndes Nomadenleben führen, aber schon enger beisammen wohnen, als die ungeselligen Jägervölker; auch auf dieser Kulturstufe nimmt das Weib noch eine niedrige Stellung ein, indem es wegen seiner Arbeitskraft ein Kapital repräsentirt und daher abgekauft wird. Derartige Völker leben noch in den weit ausgedehnten asitischen Plateaus: die Kirgisen, Baschkiren, Kalmücken 2c., sämmtlich tüchtige Reiter, ferner die Turkmenen in Asien, welche zum Theil von der Beraubung benachbarter Völker leben, was in gleicher Weise von den Beduinen Arabiens und des nördlichen Afrikas gilt. Auf der höchsten Stufe der Kulturentwickelung stehen die zahlreichen Ackerbau treibenden Völker, unter denen es jedoch wiederum sehr verschiedenartige Kulturstufen giebt. Eine Eigenthümlichkeit derjenigen Völker, welche auf der niedrigsten Stufe der Kulturentwickelung der Ackerbau treibenden Völker stehen, ist die Anthropophagie, welche aus einer gewissen Lüsternheit hervorzugehen scheint, und die man bei den Fidschis, den Maoris 2c. findet. Einige dieser Ackerbau treibenden Völker sind zum Theil auch noch Hirtenvölker, so z. B. die Kaffern Südafrikas. Bei engerem Zusammenwohnen entwickelt sich unter den Ackerbau treibenden Völkern die Industrie, und damit ist dann die Bahn zu immer höherer Entwickelung: zur Entfaltung von Kunst und Wissenschaft und zur Staatenbildung gegeben. Redner schilderte einige der Völker, welche noch nicht zu den eigentlichen Kulturvölkern gerechnet werden, verweilte dabei insbesondere bei dem Staate Kuka in Afrika, bekannt durch den dortigen Aufenthalt Nachtigalls, und bei Samarkand in Asien, und schloß damit die Reihe der von ihm vorgeführten Bilder, indem er kurz noch den Unterschied zwischen den asiatischen und europäischen Kulturvölkern andeutete.

Der „Gazeta Torunska“ wird jetzt aus guter Quelle mitgetheilt, daß ihre jüngst gebrachte Nachricht von einer Zirkularverfügung des Ministers des Innern bezüglich sozialistischer und nihilistischer Umtriebe unter den Polen unrichtig sei. Eine solche Verfügung sei nicht neuerdings, sondern nach den Attentaten erlassen worden und habe sozialistische und nihilistische Tendenzen nur im Allgemeinen im Auge gehabt, keineswegs solche Umtriebe speziell unter den Polen. Die in dieser Angelegenheit beabsichtigt gewesene Interpellation des Minister seitens der polnischen Abgeordneten dürfte demnach unterbleiben.

— **Polizeimaßregeln in Warschau.** Nach einer in diesen Tagen getroffenen Anordnung der warschauer Polizei sind die Thore sämmtlicher Häuser um 11 Uhr Abends zu schließen, eine Maßregel, die nur in den unruhigen Zeiten im Beginn der 60er Jahre Geltung hatte. Außerdem sind die Hausknechte nach einer Nachricht des „Golos“ den ganzen Tag über, d. h. bis zum Thoresschlusse gehalten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung ihre Posten bei den Häusern einzunehmen.

r. **Der Wasserstand der Warthe** ist seit einigen Tagen wieder langsam gestiegen und betrug heute Morgen am Wallischeibrückenpegel 8 Fuß 3 Zoll. Die Eissprengungen werden andauernd fortgesetzt, und sind jetzt bis in die Nähe des Warthe-Thors vorgerückt.

r **Diebstähle.** Am 19. d. M. Abends sind aus einem verschlossenen Stalle im Hofe des Grundstücks Schifferstraße 10 mittelst Abdrehens des Vorlegeschlosses 7 Hühner und 2 Hähne gestohlen worden. — Aus einem unverschlossenen Keller im Hause Luisenstraße 15 wurde eine neue große Waschwanne gestohlen. — Aus einem unverschlossenem Raume im Hause Wilhelmsplatz 5 sind geschliffene Glasverzierungen zu Kronleuchtern gestohlen worden.

? **Lissa,** 18. Januar. [Aufgehobene Vorstellung. Freiwillige Feuerwehr.] Seit einiger Zeit hatten wir uns mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß wir im Saale des Kaiserhofs die Nibelungen von Friedrich Hebbel von dem hier so vortheilhaft bekannten Glogauer Stadttheater aufgeführt sehen würden. Der Pächter des Kaiserhofs hatte mit dem Direktor des Glogauer Stadttheaters wegen dieser Vorstellung, welcher später andere folgen sollten, ein Abkommen getroffen, das er aber im letzten Augenblicke wegen nicht ausreichender Betheiligung von Seiten des Publikums wieder annulliren mußte. Wenn wir bedenken, daß die in Rede stehende Gesellschaft in Liegnitz und Glogau den entschiedenen Beifall des Publikums mit ihren Vorstellungen davongetragen hat, so ist es für uns um so bedauerlicher, daß das Unternehmen nicht zu Stande gekommen ist. Hoffen wir, daß „Aufgeschoben“ nicht „Aufgehoben“ bedeuten wird. Wir hatten in den letzten Tagen hier eine Operetten- und Balletgesellschaft, die zum Theil den von ihr gehegten Erwartungen nicht entsprochen hat. Dieser Umstand trägt wohl die Hauptschuld, daß wir heute leer ausgehen müssen, weil das Publikum theilweise befürchtet hat, in seinen Erwartungen wieder getäuscht zu werden. Doch liegt hierzu nicht der mindeste Anhalt vor, da das Glogauer Stadttheater und sein Direktor, Herr Marwitz, durch ihre Leistungen allseitig befriedigen, einige Schauspieler und Schauspielerinnen sogar Vorzügliches leisten sollen. — Auf Einladung durch das Kreisblatt hielt der „Freiwillige Feuerwehr-Verein“ im Saale des Herrn Ziolecki eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Maurermeister Gerndt, welcher die Funktion des Branddirektors versieht, hielt einen Vortrag über den Stand der Unterstützungskassen-Angelegenheit. Der Verein, welcher gegen anderthalb hundert Mitglieder zählt, nur selbstständige Männer, meist Handwerksmeister, und bei den Uebungen wie im ernsten Dienste der Nothwendigkeit hin und wieder Beschädigungen und Unglücksfälle seiner Mitglieder zu beklagen hat, fühlte schon längst das Bedürfniß, eine Kasse zu gründen, aus deren Mitteln seine Mitglieder für die Zeit ihrer im Dienste sich zugezogenen Erwerbsunfähigkeit eine regelmäßige Unterstützung erhalten könnten. Zu dem kleinen, bereits vorhandenen Fonds, der unter der unmittelbaren Aufsicht und Verwaltung des Magistrats steht, eine erhebliche Summe zu fügen, hatte der Vorstand der Freiwilligen Feuerwehr an ungefähr zwanzig der größten Feuerversicherungsanstalten, welche hier Agenten besitzen und hier Versicherungsrisiken haben, sich mit dem Ersuchen gewendet, daß diese zu dem Unterstützungsfonds einen Beitrag liefern möchten, hatte aber vorher sich an die hiesigen Agenten der Gesellschaften gewendet und diese darum angegangen, daß sie dieses Gesuch bei ihrer Gesellschaft befürworten möchten. Eine Gesellschaft, die Gothaer Versicherungsgesellschaft, hatte auf die Empfehlung ihres Agenten hin ohne besondere Aufforderung 75 Mark dem Vereine überweisen lassen. Die anderen Gesellschaften haben auf das Gesuch des Vereins theils ablehnend, theils gar nicht geantwortet. Wenn man bedenkt, daß die Hilfeleistungen der Freiwilligen Feuerwehr größtentheils den Feuerversichsgesellschaften zu Gute kommen, so erscheint das ablehnende Verhalten der letzteren in etwas sonderbarem Lichte.

♁ **Czarnikau,** 18. Januar. [Landwirthschaftliches. Gründung eines Armenvereins.] In der nächsten Sitzung des landwirthschaftlichen Kreisvereins, welche am 23. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in Schönlanke im Saale des Herrn Thomas stattfindet, wird der Wanderlehrer Herr Pflücker einen Vortrag über die Gesetze der thierischen Ernährung und deren Anwendung auf die Fütterung der landwirthschaftlichen Nutzthiere halten. Da es ganz besonders Aufgabe des Herrn Pflücker sein wird, die kleineren Landwirthe zu rationeller Wirthschaft anzuregen, so werden dieselben seitens des Kreislandraths durch das Wochenblatt zu dieser Vereinssitzung eingeladen und darauf aufmerksam gemacht, daß der Besuch der gedachten Sitzung ihnen unentgeltlich freisteht und eine allgemeine Betheiligung vom Verein gern gesehen werden wird. — Bei der hier im Oktober v. J. stattgehabten Synode der Diözese Czarnikau-Schönlanke wurde von dem Pastor pr. Höhne von hier ein Antrag auf Einführung der kirchlichen Armenpflege gestellt. Die Versammlung hatte sich damals dahin ausgesprochen, daß die Gründung derartiger Vereine auf dem Lande unausführbar wäre. Nachdem aber Pastor Höhne die Absicht kundgegeben hatte, hier in Czarnikau einen solchen Armenverein ins Leben zu rufen, wurde er von den Synodalmitgliedern ersucht, seine dabei gemachten Erfahrungen in der nächsten Synode mitzutheilen. Gegenwärtig zirkulirt in der Stadt bei den evangelischen Hausvätern folgender von dem hiesigen evangelischen Kirchenrath und den hiesigen Synodalmitgliedern erlassene Aufruf: „In der diesjährigen Kreissynode ist der Antrag auf Einrichtung der kirchlichen Armenpflege gestellt worden. Die hiesigen Mitglieder haben in Gemeinschaft mit dem Kirchenrath der Antrag zu dem ihrigen gemacht und wollen den Versuch machen, einen Verein ins Leben zu rufen. Sie richten an alle für die Sache sich Interessirenden die Bitte, das beifolgende Statut in dem Falle zu unterschreiben, daß sie den Grundsätzen, die darin ausgesprochen sind, beipflichten. Auf diesem Umschreiben wird die Angabe erbeten, wie hoch jeder seinen Beitrag jährlich bemessen will.“ Nach dem dem Zirkular beiliegenden vorläufig entworfenen Statut hat der Verein den Zweck, würdige Arme so zu unterstützen, daß ihnen theils Arbeit oder Absatz der Arbeiten verschafft, theils Beihilfen gewährt werden, um die öffentliche Bettelei gänzlich zu beseitigen. Mitglied des Vereins kann Jeder werden, der einen jährlichen selbst zu bestimmenden Beitrag zahlt und sich verpflichtet, in seinem Hause jede Hausbettelei abzuweisen. Die Mitgliedschaft wird durch ein Schild an der Wohnung mit der Aufschrift „Verein gegen Hausbettelei“ bekundet. Die Leitung des Vereins übernimmt der Kirchenrath. Die Kasse führt ein von dem Vorstande gewählter Rendant. Der Vorstand will sich stets mit der bürgerlichen Armenpflege in freundliche Beziehung setzen, besonders bei Unterbringung von Waisenkindern und Versorgung von Handwerksburschen. Man darf wohl die Existenz des Vereins als gesichert betrachten, da bereits Viele ihre Mitgliedschaft zugesagt und namhafte Beiträge gezeichnet haben.

.— **Wollstein,** 18. Januar. [Städtisches. Ertrunken. Lehrerstellen. Vortrag.] In der gestern Abend stattgehabten öffentlichen Sitzung beider städtischen Behörden wurden zuvörderst die vor Kurzem gewählten Stadtverordneten Müllermeister Hübner, Kaufmann Samuel Krause und Bäckermeister Samuel Neubelt durch den Bürgermeister Brutschke in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Nächstdem fand die Konstituirung der Stadtverordneten pro 1880 statt. Es wurde Rechtsanwalt Hoegg zum Vorsitzenden, Kreissteuereinnehmer Spornberger zum Stellvertreter und Kaufmann Samuel Krause zum Schriftführer gewählt resp wiedergewählt. — Am 12. d. M. Abends ertrank der Eigenthümer B. in Kreuz im dortigen Kanal. Die Leiche des Verunglückten wurde erst am 14. durch Fischer im Wasser aufgefunden. — Die Lehrerstelle an der katholischen Schule im nahen Tloki, die seit fast einem Jahre unbesetzt war, ist endlich durch den Lehrer Piatkowski wieder besetzt. Hingegen ist die zweite Lehrerstelle an der bisherigen evangelischen Schule in Joblonne, die, weil die Schule eine paritätische geworden, mit einem katholischen Lehrer besetzt werden soll, noch immer unbesetzt und dem an der Schule wirkenden greisen Lehrer liegt der Unterricht von über 130 Kindern ob. — Am 22. d. M. wird der Schriftsteller Herr Lange aus Dresden in unserm Fortbildungsverein einen Vortrag über „Australien“ nach eigenen Erlebnissen halten, Auch Nichtmitgliedern ist zu demselben der Zutritt gestattet.

+ **Neustadt** b/P., 16. Januar. [Betrügerei. Toller Hund.] Ende vorigen Jahres zeigte sich in unserer Stadt eine Frauensperson, welche sich auf selbstgeschriebene Entlassungsscheine bei mehreren Herrschaften auf das Jahr 1880 als Mädchen vermiethete und von diesen Draufgeld erhielt. Einige dieser Bürger schickten nach Neujahr, da sie versprach, am 1. Januar cr. zuzuziehen, Fuhrwerke, um dieselbe von dem auf dem Entlassungsscheine angegebenen Orte abzuholen. Dieselben kamen aber unverrichteter Sache zurück, weil ein Mädchen gleichen Namens und ein Wirth, welcher unter dem Entlassungsscheine unterschrieben war, in der Ortschaft nicht existire. Gestern nun ist es dem Gendarm Gnielka gelungen, diese Schwindlerin in der Person der unverehel. H. aus Vorstadt Neustadt zu ermitteln und zur Haft zu bringen. Sie gab an, daß sie sich bei vier Herrschaften auf das Jahr 1880 zugleich vermiethet und Draufgeld erhalten, diese falschen Entlassungsscheine aber nicht selbst geschrieben, sondern von einer Komorniks-Frau B. aus der Nachbarstadt Pinne, welche schon mehr dergleichen Entlassungsscheine unter Dienstboten vertheilt, geschrieben erhalten habe. Die Betrügerin ist heute dem Königl. Amtsgericht in Pinne zugeführt worden. — Heute ist hierselbst ein anscheinend toller Hund getödtet worden nnd werden nun wohl in Folge dessen die Hunde hierselbst und eine halbe Meile im Umkreise auf 6 Wochen angekettet werden müssen.

r. **Rawitsch,** 16. Januar. [Aus dem Kindergarten. General-Versammlung der Feuerwehr. Auszeichnung.] Der hiesige Kindergarten, dessen Gründung durch eine namhafte Schenkung eines hiesigen Bürgers möglich gemacht worden ist, wird von über 100 Kindern besucht, von denen die meisten unentgeltlich, andere dagegen nur gegen eine kleine Entschädigung Aufnahme finden. Vergangenen Dienstag veranstaltete nachträglich der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins in dem Kindergarten eine Weihnachtseinbescheerung, zu welcher zwei Damen unserer Stadt die Mittel gewährt hatten. — Montag den 5. d. M. Abends 8 Uhr fand die statutenmäßige Generalversammlung der Feuerwehr statt. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe durch den ersten Brandmeister, Schornsteinfegermeister Meyer, der den erkrankten Branddirektor Kaufmann Troska vertrat. Die Feuerwehr zählt 240 Mitgleder, von denen vier Spritzen bedient werden. Im verflossenen Jahre war dieselbe bei fünf Brandunglücksfällen thätig, von denen zwei auf die umliegenden Ortschaften und drei auf die Stadt entfallen. Für das laufende Vereinsjahr wurde Fabrikbesitzer Linz zum Branddirektor gewählt. — Dem in der hiesigen Posthalterei angestellten Postillon Stanislaus Malecki ist vom General-Postamte in Berlin für treue Dienste, gute Führung und Geschicklichkeit im Fahren die Ehrenpeitsche verliehen worden.

α **Birnbaum,** 16. Januar. [Volksbildungs-Verein. Erledigte Lehrer-Stellen. Jagden.] Am vergangenen Sonntage hat wieder eine öffentliche Versammlung des hiesigen Volksbildungs-Vereins, dessen Mitgliederzahl nicht unbedeutend geschmolzen ist, stattgefunden. Herr Kreisphysikus, Sanitäts-Rath Dr. Hartwich, hielt in derselben einen Vortrag über „Entstehung der Stein- und Braunkohlen“. Die ersten beiden Vorträge in diesem Winter über „die Stellung der Frauen“ hatte Herr Apotheker Reinhard gehalten. Die Bibliothek des Vereins ist bedeutend gewachsen und wird fleißig benutzt. — Im hiesigen evangelischen Kirchenkreise sind, resp. werden binnen Kurzem erledigt: die Lehrerstelle in Neuhaus, Parochie Schweinert, durch den Tod des Inhabers, in Eulenberg, Parochie Birnbaum, durch Versetzung des jetzigen Lehrers nach Lissa, in Skrzydlewo durch den Tod des Lehrers. Endlich wird auch die zweite Lehrerstelle in Großdorf durch drei städtische Lehrer vertretungsweise verwaltet. — Bei dem bevorstehenden Schlusse der Jagd werden von den benachbarten Inhabern größerer Reviere jetzt Treibjagden veranstaltet, die aber, wie erzählt wird, keine besondere Beute gewähren.

S. **Aus dem Kreise Kröben,** 16. Januar. [Grundbuch.] Behufs Kurrenthaltung des von der königl. Regierung zu Posen angeordneten Grundbuches über die Interessenten der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse sind die Lehrer des Kreises durch das Landrathsamt veranlaßt worden, von sämmtlichen im vergangenen Jahre eingetretenen Veränderungen dem Hauptlehrer Kunert in Rawitsch, dem die Fortführung des Grundbuches übertragen worden ist, sofort Mittheilung zu machen.

≈ **Schneidemühl,** 16. Januar. [Stadtverordnetenwahl. Bildungsverein.] Bei der am 14. wiederholt stattgefundenen Stadtverordnetenwahl in der dritten Abtheilung fand zwischen der Bürger- und Beamtenpartei ein heißer Kampf statt. Die Bürger hielten sogar einen Wagen bereit, mit welchem die entfernt wohnenden Wähler herbeigeschafft wurden, selbst Krüppel und Kranke führte man an den Wahltisch; der Sieg verblieb den Bürgern. Es erhielten Tischlermeister Hellwig 196, Böttchermeister Zakrzewski 188 und Schlossermeister Poradowski 177 Stimmen, die zu Stadtverordneten gewählt sind. Die Kandidaten der Beamtenpartei und zwar Eisenbahn-Betriebssekretär Haschke erhielt 149, Kaufmann Abrahamsohn 139 und Maler Brucker 158 Stimmen. Im Ganzen hatten von 530 Wählern 343 gestimmt. Bei der darauf folgenden Stichwahl für die zweite Abtheilung wurden Kaufmann Arndt mit 57 gegen Kaufmann P. Schmidt mit 31 und Kreisschulinspektor Kupfer mit 55 gegen Kaufmann Glaser mit 32 Stimmen gewählt. Von 145 Wahlberechtigten hatten 87 gestimmt. — Der hiesige Bildungsverein, welcher in einer früheren Sitzung für seine Auflösung gestimmt, hat in einer am 13. abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, die Auflösung noch aufzuschieben; es wurden in den neuen Vorstand Rektor Ernst (als Vorsitzender) und die Kaufleute G. Asch, Abrahamsohn und Lehrer Böhm gewählt. Der Verein besitzt ein baares Vermögen von 170 Mk. und eine Bibliothek im Werthe von 450 Mk.

Bromberg, 21. Januar. [Zur Betheiligung an der Ausstellung.] In der gestrigen Sitzung des Handwerkervereins gelangte die Theilnahme des Vereins an der hiesigen Provinzial-Gewerbe-Ausstellung zur Besprechung, nachdem bereits Tags zuvor eine Versammlung hiesiger Gewerbetreibender sich unbedingt für eine allgemeine Betheiligung ausgesprochen hatte. Nachdem von verschiedenen Seiten eingehend die Vortheile der Gewerbe-Ausstellung, insbesondere für den Kleingewerbebetrieb und den kleinen Handwerker, die Nachtheile derselben im Falle der Nichtbetheiligung hervorgehoben worden waren, wurde fast einstimmig beschlossen, daß der Handwerker-Verein sich mit einer Kollektiv-Ausstellung an der bromberger Provinzial-Gewerbe-Ausstellung betheilige, und es wurden nach dem Antrage des Herrn Rasp sofort 500 Mark bewilligt, um denjenigen Handwerkern, deren Mittel die Betheiligung aus eigenen Kräften nicht gestatten, theilweise oder ganz die Möglichkeit zur Theilnahme an der Ausstellung zu bieten. Eine ad hoc gewählte provisorische Kommission von sechs Personen, bestehend aus den Herren Klempnermeister Lange, Friebel, Jeremias, Rasp, Grawunder und Redakteur Hirschberg, soll im Verein mit dem Vorstande unverzüglich die geeigneten Schritte zu einer regen Betheiligung der Vereinsmitglieder, sowie auch von Handwerkern, welche nicht zum Verein gehören, thun und die Arrangements für die Kollektiv-Ausstellung des Handwerker-Vereins vorbereiten. Diese Ausstellungs-Kommission des Handwerker-Vereins tritt schon heute Abend 8 Uhr zur Berathung zusammen. — Der Technische Verein beschloß in Bezug auf die Gewerbe-Ausstellung, alle Hülfsmittel, welche die Bibliothek an Entwürfen und Zeichnungen besitzt, den Gewerbetreibenden, welche sich an der Ausstellung betheiligen wollen, zur Disposition zu stellen, auch wenn sie nicht Mitglieder des Vereins sind; ebenso erbietet sich der Vorstand zu jeder Hülfe in Rath und That für die Gewerbetreibenden, welche sich in dieser Beziehung an ihn wenden. (Brb. Ztg.)

Landwirthschaftliches.

Vegetabilische Wetteruhr für Landwirthe. Die Witterung spielt bekanntlich in der Landwirthschaft eine sehr wichtige Rolle, denn von ihr hängt ja die günstige oder ungünstige Feldbestellung, die glückliche oder verunglückte Ernte ab. Deshalb suchten auch die Landwirthe seit undenklichen Zeiten Anhaltspunkte für Wetterprognose ausfindig zu machen und es gelang ihnen in der That, wenigstens einige Witterungsregeln festzustellen, wonach sie sich bei ihren landwirthschaftlichen Arbeiten richteten. Sie schlossen aus verschiedenen Erscheinungen an den Himmelskörpern: der Sonne, dem Monde, den Sternen, aus den Naturerscheinungen: dem Nebel, den Wolken, dem Winde mit mehr oder weniger Erfolg auf die künftige Witterung. Später weissagten sie dieselbe aus dem Hahnen- und Pfauengeschrei, Rabengekrächz, aus der Dohlenrückkehr sowie aus dem niedrigen und hohen Schwalbenfluge. Durch sorgfältiges Beobachten einiger Bäume und Pflanzen, namentlich der Wermuths- und Weißtanne, des Hühnerdarmes, Storchschnabels kam man ferner zur Ueberzeugung, daß sich dieselben als natürliche Hygrometer zur Vorhersagung der Witterung eignen. Aus der Wahrnehmung, daß einige Thiere, besonders die Bienen, Spinnen, Blutegel ihr Thun und Lassen nach der bevorstehenden Witterung richten, stellte man förmliche Witterungsregeln auf, die bis jetzt so manchem Landwirth zur Richtschnur dienen. An den Meeresküsten benutzt man die Seehundshaut zur Weissagung der Witterung. Die Chemiker haben dagegen einen chemischen Wetterpropheten aus essigsaurem Blei, worin man ein Zinkstück einhing, dargestellt, der auch seinem Zwecke theilweise entsprach. Als man aber später gewahrte, daß der Witterungswechsel mit der Veränderung des Luftdruckes zusammenhängt, bediente man sich des Barometers zur Vorhersagung der Witterung. Doch da man dabei auf verschiedene Umstände, namentlich auf das plötzliche oder langsame Steigen der Quecksilbersäule, auf den Feuchtigkeitsgrad der Luft, auf die Windrichtung u. s. w. Rücksicht nehmen muß, so konnte sich dieses Instrument bei den Landwirthen dennoch nie einbürgern. In der neuesten Zeit kamen die sogenannten Hygrometer an die Tagesordnung. Professor Klinkerfues in Göttingen erfand ein vorzügliches Hygrometer, das sich sowohl zur Vorausbestimmung der Witterung, als auch zur Konstatirung der Feuchtigkeit in Krankenzimmern, Brauereilokalitäten, Trockenstuben 2c. vortrefflich eignet und seinem Zwecke bestens entspricht; doch erfordert die Handhabung dieses Instrumentes einer besonderen Umsicht und dürfte wegen seines hohen Preises (9—10 Frcs.) kaum in die landwirthschaftlichen Kreise Eingang finden. Desto zugänglicher ist dagegen das neueste vegetabilische Hygrometer von Alb. Fürst in Baiern, in Form einer netten vegetabilischen Wetteruhr, wobei als Achse des Zeigers der Storchschnabel in Verwendung steht. Sekretär E. Melis in Sczemic (Böhmen) hat die Fürst'sche Wetteruhr durch ein halbes Jahr einer genauen Probe unterzogen und sich überzeugt, daß dieselbe 24 Stunden vorher die Witterung, namentlich den Regen, Sturm oder schönes Wetter, recht zuverlässig anzeigt und dem Landwirthe wird vorzügliche Dienste leisten können. Die Fürst'sche Wetteruhr kostet nur 1 Fl. (2 Mk.) und ist Sekretär Melis gern bereit, allen Jenen, die sich dafür interessiren, die nähere Bezugsquelle anzugeben.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **„Vesta“, Lebensversicherungsbank e. G. zu Posen.** Ueber die provisorische Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der „Vesta“ im vergangenen Jahre geht uns Folgendes zu: Die Gesellschaft hat im Laufe des vorigen Jahres einen Zugang von 1186 neuen Anträgen mit 2,585,180 M. gehabt, auf Grund deren 1002 neue Versicherungen auf 2,167,300 M. zum Abschluß gelangt sind. Unter Hinzurechnung des Versicherungsbestandes vom J. 1878 bezifferte sich im v. J. die Zahl der laufenden Versicherungen auf 5072 Policen (5463 Personen) mit 10,801,773 M. Versicherungssumme und 352,837 M. Jahresprämie. Die zur Ausgabe kommenden Entschädigungen für Sterbefälle aus dem v. J. belaufen sich auf 72,000 M., die Sterblichkeit blieb jedoch hinter der zu erwartenden zurück und läßt einen Gewinn von ca. 20,000 M. übrig. Die aus 3 Bankmitgliedern bestehende Revisionskommission, in welche auf der vorjährigen Generalversammlung die Herren Bankdirektor Dr. Buski, Dr. Kusztelan und Dr. Köhler erwählt worden sind, unternahm im vorigen Monat die statutenmäßige außerordentliche jährliche Geschäftsrevision und fand keine Veranlassung zu Monitis weder in Betreff der Kassenführung noch des Geschäftsbetriebes im Allgemeinen vor.

Briefkasten.

Abonnent in Posen. Die Adresse der nächsten Fischbrut-Anstalt ist folgende: „An den Kanal-Pflanzungs-Aufseher Folgmann, Vorsteher der Fischzucht-Anstalt zu Kanal-Kolonie A. bei Bromberg.“

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Eingesandt.

—l— **Fraustadt,** 17. Januar. [Schulverhältnisse.] Die heutige Nummer eines hiesigen Lokalblättchens bringt einen Artikel über den am Freitag von den Stadtverordnetengefaßten Beschluß, in die Verlegung der landwirthschaftlichen Schule zu willigen, und somit der Entschließung der königl. Regierung und des Magistrats beizutreten. Daß diese Wendung der Sache bei den Besitzern größerer Häuser und einigen Pensionshaltern Bedauern erregt, ist erklärlich. Dem gegenüber aber wird die zahlreiche Klasse der kleineren Gewerbtreibenden sehr bald erkennen, daß die Verlegung der landwirthschaftlichen Schule für sie kein Unglück ist. Sie haben keine Miethshäuser, um darin Beamtenfamilien und Pensionäre aufzunehmen, sie schicken keine Schüler in diese Schule, und der kleine Gewinn, den vielleicht einige von ihnen durch Arbeiten für die Schüler haben, fällt nicht in's Gewicht gegen die Erhöhung der Steuern zum Zweck eines Baues ꝛc., die alle trifft. Wenn nach der Angabe des hiesigen Lokalblattes viele Bürger immer noch glauben, daß die Landwirthschaftsschule keine Konkurrenz-Schule der Realschule sei, — so ändert das an der Thatsache, daß es doch so ist und von der königl. Behörde auch so angesehen wird, gar nichts. Gegenwärtig führt der Ingrimm über den Verlust der landwirthschaftlichen Schule wieder dazu, offne und versteckte Angriffe gegen die Realschule in die Welt schleudern; dies kann natürlich nur zur Folge haben, daß die Realschule in der Frequenz geschädigt wird, da solchen Angriffen gegenüber es nichts hilft, daß die königl. Behörde derselben nach wie vor volles Vertrauen schenkt. Die fortgesetzte Minir-Arbeit dieser Gegner wird es vielleicht noch dazu bringen, daß die Realschule eingeht. Mögen sich dann die Bürger Fraustadt's bei Denen bedanken, die durch ihre unaufhörlichen Verdächtigungen dazu beigetragen haben!

Sprechsaal.

Nachdem ich in der „Pos. Zeitung" gelesen, daß sich hier ein Verein zur Sammlung von Zigarrenabschnitten und Eisenbahnbillets gebildet hat, möchte ich, durchdrungen von der Zweckmäßigkeit dieses Unternehmens, Folgendes mittheilen: In den Geschäften der Herren Händler von Kurz-, Mode-, Kolonial-, Zigarretten- ꝛc. Handlungen sammeln sich große Mengen Kartons, d. h. Pappschachteln an, welche für die betr. Herren auch nicht den geringsten Werth haben. Wenn nun die Mitglieder des gedachten Vereins sich der Mühe unterziehen wollten, die betreffenden Herren Gewerbtreibenden um gefällige Reservirung von Kartons und Pappstücken zu ersuchen, welchem Verlangen letztere gewiß entgegenkommen werden, so würde sich dadurch ein Resultat erzielen lassen, welches alle Erwartungen übertreffen dürfte

P

In den nächsten Tagen werden die mit 60 pCt. eingezahlten Aktien der **Preußischen Immobilien-Aktienbank**, welche die von der Preußischen Bodenkredit-Aktienbank in der Subhastation erworbenen Grundstücke übernimmt, an der hiesigen Börse zur Einführung gelangen. Man stellt denselben in Börsenkreisen ein sehr günstiges Prognostikon, da die Gesellschaft nach den Darlegungen der Direktion der Preußischen Bodenkredit-Aktienbank schon bei den vorjährigen äußerst ungünstigen Miethsverhältnissen ein Erträgniß von 7 Prozent, bei der leisesten Besserung aber ein solches von 10—11 Prozent erzielen wird. Es würde in der That ein gutes Stück Pessimismus dazu gehören, an einer solchen zu zweifeln und anzunehmen, daß die Grundstücksverhältnisse der Reichshauptstadt von der seit Kurzem bemerkbaren allgemeinen Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse ausgeschlossen bleiben sollten. Jedenfalls glauben wir aber das Eine behaupten zu können, daß noch nie eine Immobilien-Gesellschaft auf der Basis gebildet worden ist, daß sie ihre Grundstücke 25 bis 30 pCt. unter demjenigen Preise erhält, welchen eine Hypothekenbank als hypothekarisches Darlehen auf dieselben bewilligt hat, wobei diese doch jedenfalls von der Voraussetzung ausging, daß diese Grundstücke nahezu den doppelten Werth des Darlehnsbetrages repräsentiren.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 31. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
wird auf dem Stallhofe ein ausrangirtes **Dienstpferd** öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Posen, den 22. Januar 1880.

Königl. Kommando des Niederschl. Train-Bataillons Nr. 5.

Zum Mitgliede der Handelskammer für die Dauer von 3 Jahren ist in der heutigen engeren Wahl Herr **Wilhelm Kantorowicz** in Firma Wilhelm Kantorowicz jun. gewählt worden.

Posen, 21. Januar 1880.

Die Handelskammer.

Submission.

Die zum Neubau des Oberlandesgerichts-Gebäudes zu Posen erforderlichen Steinmetzarbeiten und zwar:

a. Sandsteinarbeiten incl. Material, veranschlagt auf 100,450 Mark,
b. Granitarbeiten incl. Material, veranschlagt auf 5049 Mark,

sollen im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Der Submissionstermin findet

Donnerstag,
den 12. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr,

im Baubureau Schloßstraße Nr. 4, 1. Et., hierselbst statt, und sind die mit entsprechender Aufschrift versehenen Offerten frankirt und versiegelt bis zur angegebenen Stunde einzureichen.

Die Zeichnungen, Bedingungen und der Kosten-Anschlag liegen in dem genannten Bureau zur Einsicht aus und werden, soweit vorräthig, gegen Erstattung der Kopialien abgegeben.

Posen, den 22. Januar 1880.

Der Königliche Bauinspektor
O. Hirt.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 4. Februar cr., Vormittags 10 Uhr, sollen

ca. 150 Stück große Pappeln

auf dem Stamme von der Baumpflanzung der Posen-Gnesen-Thorner Chaussee von Station 18,6 bis 19,9 in der Feldmark Kostrzyn, zwischen Skalowo und Kostrzyn, im Wege der öffentlichen Lizitation im Gasthause des Herrn **Chmielewski** zu Kostrzyn verkauft werden. Nähere Auskunft ertheilt der Chaussee-Aufseher **Walory** zu Paczkowo.

Die Verkaufsbedingungen können vorher im Geschäftszimmer des Unterzeichneten und in der Wohnung des Chaussee-Aufsehers **Walory** zu **Paczkowo** eingesehen werden.

Posen, den 22. Januar 1880.

Der Wege-Bau-Inspektor.
Cranz.

Bekanntmachung.

Das Grundstück Gerlach 6, dessen Fläche 15 ha. 23 a. 50 qm., dessen Reinertrag 143,01 M. und dessen Nutzungswerth 45 Mark beträgt, soll

am 9. März 1880,
Vormittags 10 Uhr,

an Gerichtsstelle im Zwangswege schuldenhalber versteigert werden.

Bojanowo, den 20. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Das in dem Dorfe **Luszczanow** belegene, im Grundbuche von **Luszczanow** Band IV., Seite 260 eingetragene Grundstück **Luszczanow** Nr. 136, als dessen Eigenthümer der **Michał Mąka**, welcher mit **Konstancia** geb. **Melaczyk** in Gütergemeinschaft lebt, eingetragen steht, und welches mit einem Flächen-Inhalte von 5 Hektare, 33 Aren, 30 Qu.-Meter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 48 M. 51 Pf. veranlagt, soll im Wege der **Zwangsvollstreckung**

am 26. Februar 1880,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Schulzenamtes zu Luszczanow versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist — ingleichen die besonderen Kaufbedingungen — können auf der Gerichtsschreiberei I. des Königlichen Amtsgerichts zu Jarotschin während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthums- oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Präklusion spätestens bis zum Erlaß des Ausschlußurtheils anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 27. Februar 1880,
Vormittags um 11 Uhr,

im Geschäftslokale des Königlichen Amtsgerichts zu Jarotschin anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Jarotschin, den 15. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem am 5. Januar 1880 eröffneten Testamente des Handelsmanns **Traugott Kobus** in Sarne sind die Kinder desselben auf den Pflichttheil gesetzt mit der Bestimmung, daß sie sich auf denselben anrechnen lassen müssen, was sie schon erhalten haben, jedenfalls soll ihr Pflichttheil in einer Summe und nicht in einem Antheil am Nachlasse bestehen.

Dies wird dem Handelsmann **Adolph Kobus** und dem **Heinrich Kobus**, unbekannten Aufenthalts, hiermit gemäß § 231 Allgem. L. R. Thl. I. Tit. 12 bekannt gemacht.

Rawitsch, den 5. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur **Leo Kareski**'schen Konkursmasse gehörige Waarenlager, bestehend aus **Galanterie- und Lederwaaren, Hüten, Schirmen** ꝛc. ꝛc. wird im Laden Markt Nr. 58 zu billigen Preisen ausverkauft.

Manheimer,
Massenverwalter.

In **Tarce** bei **Jarotschin** wird jeden Dienstag und Freitag **kiefern Bauholz** verkauft.

Die Forstverwaltung.

Kosten, den 15. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht zu Kosten.
Der Subhastationsrichter.

Nothwendiger Verkauf.

Die im Grundbuche von **Racław** Band I., Blatt 29, und von **Sierakowo** Band I., Blatt Nr. 43 eingetragenen, dem Wirth **Peter Nowak** gehörigen Grundstücke, deren Besitztitel auf den Namen des **Peter Nowak**, welcher mit seiner Ehefrau **Josepha** geb. **Stopa** in Güter-Gemeinschaft lebt, berichtigt steht, welche, und zwar Racław 29 mit einem Flächeninhalte von 5 Hektaren 80 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt mit einem Grundsteuer-Reinertrage von $30\frac{04}{100}$ Thaler, und Sierakowo Nr. 43 mit einem Flächeninhalt von 7 Hektaren 12 Ar 90 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von $21\frac{53}{100}$ Thlr. veranlagt sind, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation

am 11. März d. J.,
Vormittags um 11 Uhr,

im Lokale des hiesigen Amtsgerichts versteigert werden.

Die Auszüge aus der Steuerrolle, die Hypothekenscheine von den Grundstücken, alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, so wie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei IV. des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 12. März d. J.,
Vormittags um 12 Uhr

im Geschäftslokale des hiesigen neuen Gerichtsgebäudes anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Posener Konsum-Verein,

eingetragene Genossenschaft in Liquidation.

Die Vereinsmitglieder werden hiermit zur **Generalversammlung**

am Mittwoch,
den 4. Februar cr.,
Abends 8 Uhr,
in dem Restaurant Voelcker,
Friedrichsstraße 26,

ergebenst eingeladen.

Gegenstände der Beschlußfassung:

1. Geschäftsbericht.
2. Rechnungsentlastung.
3. Deckung des Defizits durch Umlage.
4. Feststellung der Haftpflichtigen.
5. Bestimmung der Höhe des Zuschusses.
6. Entscheidung über ein Gesuch des bisherigen Geschäfts-Vorstehers um Waaren-Manquo-Erlaß.
7. Einforderung und Beitreibung der Defizit-Antheile.

Posen, den 20. Januar 1880.

Die Liquidations-Kommission.

Die hiesige Stadt-Wachtmeister-Stelle, mit welcher ein baares Gehalt von 400 Mark, freie Wohnung, die Benutzung eines kleinen Gartens und etwa 30 Mark Neben-Einnahme verbunden sind, ist vom 1. April d. J. anderweit zu besetzen.

Meldungen sind bis 1. März d. J. unter Beifügung von Zeugnissen und selbstgeschriebenem Lebenslauf, an uns zu richten. Zivilversorgungsberechtigte Personen haben den Vorzug.

Kobylin, den 20. Januar 1880.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Neubau eines dreiklassigen Schulhauses zu Duszník, veranschlagt excl. Hand- und Spanndiensten und Titel Insgemein auf 22,860 M., soll im Wege der Minus-Licitation vergeben werden und habe ich hierzu einen Termin auf

Montag,
den 26. Januar 1880,
Mittags 12 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst angesetzt.

Der Kostenanschlag und die Bedingungen können vorher bei mir eingesehen werden. Vor dem Termine hat jeder Bieter eine Bietungs-Kaution von „Eintausend Mark" zu hinterlegen, welche bis zu ertheiltem Zuschlage deponirt bleibt.

Samter, den 20. Januar 1880.

Der Königl. Kreisbaumeister.
Kunze.

Ein altes

Destillations-Geschäft,

in einer Provinzialstadt, mit massivem Grundstück, in welchem ein lebhaftes Detailgeschäft, verbunden mit Colonial- und Cigarrengeschäft betrieben wird, ist inkl. kompletter Einrichtung unter günstigsten Bedingungen zu verkaufen.

Reflektanten belieben Adr. unter **Chiffre T. 23** an d. Exp. d. Ztg. abzugeben.

Geschäfts-Verkauf.

Ein Colonialwaarengeschäft verb. mit Schankwirthschaft ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Näh. Ausk. erth. **M. Sobrant,** St. Lazarus.

Bekanntmachung.

Zum Verkaufe von 177 Stück Eichen-Rundholz und 22 Rm. Eichen-Nutzholz aus den Jagen 6 und 7 des Belaufs Doebelwald und ca. 6200 Stück Kiefern-Bauholz aus den Jagen 3 und 7 des Belaufs Doebelwald, 31 des Belaufs Berg, 68 des Belaufs Ziegelei, 87, 143 und 170 des Belaufs Lichwin, 76 und 181 des Belaufs Reiherhorst, 175 des Belaufs Kukuksmühl, 232 des Belaufs Wasserblotte, 191 und 260 des Belaufs Traenke und 288 des Belaufs Lütjenkrug der Königlichen Oberförsterei **Zirke** am Warthefluß, im Kreise Birnbaum des Regierungs-Bezirks Posen und zwar im Wege des Meistgebots, habe ich Termin auf

Montag den 2. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
im **Scholz**'schen **Gasthofe** zu **Zirke a. W.,**

anberaumt.

Die Holz-Aufmaßregister können im Bureau der Oberförsterei während der Amtsstunden eingesehen werden. Die Förster sind beauftragt, die Hölzer im Walde vorzuzeigen.

Zirke, den 21. Januar 1880.

Der Königliche Oberförster.
gez. **Priem.**

Posener Verein zur Ueberwachung von Dampfkesseln.

Die **zweite ordentliche General-Versammlung** findet **Donnerstag, den 12. Februar cr.,** Vormittags 11 Uhr, in **Scharffenberg's Hotel,** Sapiehaplatz hierselbst, statt, wozu die Herren Vereinsmitglieder hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Posen, den 22. Januar 1880.

Der Vorstand.
Hoffmeyer-Zlotnik.

Anmeldungen neuer Mitglieder können jederzeit erfolgen, Adresse: Kesselverein Posen. Vereinsbureau: Kleine Ritterstraße 4, 2 Tr.

Dem geehrten Publikum bringe ergebenst zur Kenntniß, daß ich im

Schilling

eine

Düsseldorfer Dampf-Mostrich-Fabrik

eingerichtet habe.

Mein Bestreben ist, eine **Prima**=Waare zu **billigen** Preisen herzustellen und empfehle demnach:

Düsseldorfer Wein=Mostrich,
dto. Gewürz=Mostrich,
dto. Sardellen=Mostrich,
ächt russischen Sareptaer=Senf

in Gebinden zu ¼—½ Ank., sowie pfundweise.

Für den Haushalt besonders empfehlenswerth in Glaskrausen.

Dr. W. Hermann,
Schilling bei Posen.

Wegen Geschäfts-Aufgabe gänzlicher Ausverkauf

meiner Bestände an **feinen Bremer und Hamburger Cigarren und Cigaretten** zu sehr billigen Preisen.

E. Heymann,
Wilhelmsstraße 5, neben der Post.

Zwei elegante

Wagenpferde,

mindestens sechszöllig, Füchse, werden zu kaufen gesucht. Offerten nach Berlin, Wilhelmstr. Nr. 70 b.

Viehlieferungsgeschäft.

Schlesische **Zugochsen** sind bei vorheriger Anmeldung zu jeder beliebigen Zeit bei mir zu haben.

Kadlewe bei Herrnstadt,
Bahnst. Rawitsch.

Heinrich Wuttge,
Viehlieferant.



Der freihändige

Jährlings-Bock-Verkauf

in meiner

Org.-Rambouillet-Stammheerde zu Haubitz,

1 Meile von **Grimma** i. Königr. Sachsen, Station der Leipz.-Dresd. Eisenbahn **via** Döbeln

hat am heutigen Tage begonnen.

Droschken jederzeit am **Bahnhof Grimma** disponibel.

Haubitz bei Grimma,
am 9. Januar 1880.

H. Kayser.

Beste geruchlose, wasserdichte

Gummi-Bett-Unterlagen

(auf beiden Seiten Gummi) à 3, 4 u. 5 Mark, für Kinder à 60, 75 Pf. u. 1 Mark, sowie **verschiedene Gummi**=Artikel empfiehlt

M. Guthaner,
Markt 60.

Bestellungen nach auswärts per Nachnahme.

כשר

Hammelfleisch à Pfund **50 Pf.** offerirt

Julius Hirsch,
Wronkerstr. 25.

Extrafeinen Räucherlachs,

sowie

vorzügliche Spickaale

empfiehlt

S. Samter jr.

Ein gut erhaltenes Repositorium fürs Materialwaaren=Geschäft nebst verschied. Zubehör ist bill. abzugeben. Näheres Große Gerberstraße 40 im Laden.

Frostbalsam

à Fl. 25 und 50 Pf., desgl. Salbe gegen offene Frostschäden à 50 Pf. empfiehlt die

Rothe Apotheke.

Wer kauft alte **seiden. Schirmüberzüge?** Off. m. Pr. an die Ann.=Exped. von **A. Rollf,** Münster i. W.

Nur Aechte

Prof. D. Sampson's Coca Präparate

1 Schacht. oder 1 Flasc. 3. R.-M.

die volle Wirksamkeit der **Cocapflanze** entfaltend (Belehrung über ihre Anwendung **gegen Brust- und Lungenleiden (Pillen I), Unterleibskrankheiten (Pillen II) und Nervenleiden, Schwächen aller Art** (Pillen III) **gratis) stets vorräthig Mainz, Mohren-Apotheke und deren Depots:**

Posen: Dr. Mankiewicz, kgl. Hof-Apotheke; Berlin: L. Bieler; Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73, Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauerstrasse 21, und Alte Scheidnigerstrasse 9.

Preuß. Lott.-Loose IV. Cl.

¼ Orig. 72 Mk. in Anth. ¼ 60, ⅛ 30, $\frac{1}{16}$ 15, $\frac{1}{32}$ 7,50, $\frac{1}{64}$ 4 M. **Schleswig=Holst. Loose** III. Cl. M. 3,75 empf. d. **älteste** Lott.=Compt. von **Schereck,** Berlin, Friedrichsstr. 59.

Kartoffeln!!

Ein Amsterdamer Kaufmann, nachweislich solid und in ganz Holland bekannt, wünscht noch eine leistungsfähige Firma in obengenanntem Artikel als Kommissionär zu vertreten. Auch ist derselbe geneigt, für gemeinschaftliche Rechnung zu handeln. — Nur diejenigen, welche im Stande sind, feinste, auserlesene, weiße Speise=Kartoffeln liefern zu können, werden berücksichtigt. Franco=Offerten sub Nr. 760 befördert **Seyffardt's** Central=Annoncen=Bureau, **Amsterdam** (Holland.)

Dom. Chludowo sucht per sofort einen **Milchpächter** für Posen.

Hôtel-Verlegung.

In meinem seit dem 1. April v. J. bezogenen

Stahn's Hôtel,

Ecke der Horn= und Machatiusstr., sind jetzt sämmtliche Zimmer der Neuzeit entsprechend eingerichtet, und erlaube mir alle Freunde und Gönner ergebenst darauf aufmerksam zu machen.

Hôtelwagen mit Firma zu jedem Bahnzuge.

Gnesen, den 20. Januar 1880.

A. Stahn,
früher Hôtel de l'Europe.

Geschlechts-

Krankh. speziell **Syphilis-, Haut-Hals-** u. **Fussübel** (Flechten), sowie Schwächenzustände und alle Unterleibsleiden der Frauen heilt auch **brieflich** gründlich u. schnell der im Ausland approb. **Dr. med. Harmuth, Berlin,** Kommandantenstr. 30.

Wohnung.

Eine freundliche Wohnung, zwei Zimmer, Küche mit Wasserleitung zum 1. April c. zu vermiethen.

Alter Markt 62.

Ein großer Eckladen mit mod. Schaufenster nebst angrenz. Wohng. am Wilh.=Pl. ist bes. Umst. wegen pr. April abzug. Adr. A.B. Pos. Tgbl.

Eine kleine Wohn. Wilhelmspl. 14 pr. April zu vermiethen.

Schöne, große Lokalitäten, in denen bisher **Restaurant** betrieben, in der besten Gegend der Stadt, sind für ca. Mk. 2000 pro Anno zu vermiethen. Reflectanten belieben ihre Adresse sub H. D. postl. niederzul.

Eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör wird vom 1. April gesucht. Meldungen unter **A. E. 20** postlagernd Posen.

Eine renovirte Wohnung im 2. Stock, 4 Zimmer und viel. Nebengelaß, gleich oder zum April zu vermiethen.

F. G. Fraas,
Breite Str. 14.

Zum 1. April sind Sandstraße 8 eine Wohnung von 4 Zimmern u. Nebeng., u. eine kleine für 50 Thlr. zu verm.

Ein großer, umzäunter Lagerplatz u. 1 Pferdestall s. Sandstr. 8 zu vermiethen.

D. nationale Lebensversicherung

Berlin, Mohrenstr. 59,

stellt **Agenten** und **Acquisiteure** an. Gefl. **ausf. Bewerbung** erbeten.

Ein der polnischen Sprache einigermaßen mächtiger ev.

junger Landwirth

wird zum 1. April bei 330 M. Gehalt und freier Station excl. Wäsche als zweiter Beamter gesucht. Offerten mit Zeugniß=Abschriften W. S. Lang=Goslin.

Einen Konditorgehülfen,

der keine großen Ansprüche macht, sucht **Ulrici** in Krotoschin.

Tüchtige Leute, welche als **Versicherungs=Agenten, Reisende od. Colporteure** sich auf dem Lande Kundschaft erworben haben, werden gegen hohe Provision, eventuell auch Fixum zur Vertreibung zweier gangbaren Spezialitäten zu engagiren gesucht. — Frankirte Offerten mit Angabe des bisherigen Wirkungskreises und Referenzen unter H. P. 931 befördert die **Central=Annoncen=Expedition** von **G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.**

Für mein Destillations=Geschäft suche ich einen

Lehrling

mit guter Schulbildung und schöner Handschrift.

Isidor Ehrlich.

Wirthschaftsinspektor,

cautionsf., m. g. Zeugn. sucht mögl. selbstst. Stellung sofort oder vom 1. April c. Gef. Offerten unter Adr. A. B. postlag. Samter.

Ein Kavallerist, der Jahre lang bei hohen Herrschaften als **Diener** und Bereiter, auch 2= und 4spännig gefahren u. A. bei General=Lieutenant v. Witting conditionirt hat, wünscht vom 1. April d. J. Stellung. Beste Zeugnisse stehen zur Seite. Adressen **S. Neubrück, Wronke** erbeten.

Ein mit guten Attesten versehener, beider Sprachen mächtiger

Kreiskassen=Gehülfe,

cautionsfähig, der mehrere Jahre im Justizfache gearbeitet hat, wünscht bei einer Kreis= event. Kämmerei=Kasse Stellung anzunehmen.

Gefällige Offerten werden unter Chiffre **N. R. 200** in die Exped dieses Blattes erbeten.

Ein **gelernter Materialist und Destillateur,** 24 Jahre alt, seit 2 Jahren in einem Möbel=, Oefen= u. Dachdeckerei=Agenturgeschäft thätig, der deutschen und polnischen Sprache vollständig mächtig, sucht auf gute Zeugnisse gestützt zum 1. April d. J. in einem, von den oben angeführten, ähnlichem Geschäft, Stellung. Gef. Offerten befördert

L. Szymański,
Thorn Westpr., Johannisstr. 99.

Eine erfahrene Wirthschafterin m. guten Zeugnissen vers., welche schon seit Jahren a. gr. Gütern w., empf. per 1. Februar cr. Frau **Günter,** Mühlenstraße 30.

Ein junger Mann, gelernter **Spediteur,** sucht Beschäftigung, gleichviel in welcher Branche. Off. **M. Z.** Exped. d. Z.

Einen verheirath. **Wirthschafts=Inspektor,** d. poln. Sprache mächtig, 34 Jahre alt, welcher meine Besitzung mehrere Jahre administrirt, kann ich von Johanni cr. ab meinen Herren Fachgenossen bestens empfehlen. Näh. Auskunft unter Chiff. **K. L. 2** Exped. d. Pos. Ztg.

Für eine solide **Hagelversicherungs=Gesellschaft** werden sichere und thätige

Agenten

in Stadt und auf dem Lande im Regbz. Bromberg gegen hohe Provision gesucht. Offerten unter F. S. in der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Ein **Rechnungsführer,** mit Amts= und Standesamtsgeschäften vertraut, sucht Stellung. Gefl. Off. w. u. R E. i. d. Exped. d. Ztg. erb.

Eine **Engländerin** sucht zum 1. April Stellung.

Miss Seratchlez,
Wilhelmsplatz 17, **Posen.**

Ein Unterbrenner

aus dem Brennerei=Verwalter=Verein findet sofort Stellung in der Brennerei zu Mur. Goslin.

R. Maeder.

Ein unverheiratheter

Wirthschaftsbeamter

findet vom 1. Februar Stellung. Abschrift der Zeugnisse einzusenden an Dom. **Soßnitz** p. Mogilno. Gehalt 450 M. bei freier Station excl. Wäsche.

Ein gebildetes

Wirthschafts=Fräulein

in gesetztem Alter, die in allen Zweigen der Wirthschaft erfahren ist, wird zum 1. April 1880 von

Frau von Treskow
in **Owinsk** bei Posen

gesucht.

Stellensuchende Personen jeder Branche **placirt Bureau Silesia, Dresden,** Kl. Ziegelstr. 6.

Ein verheiratheter **Wirthschafts=Beamter** ohne Familie sucht von sogleich oder später Stellung.

Gef. Offerten unter **P. W. 20** postlagernd **Wongrowitz** erbeten.

Ein erfahrener **Schäfer,** noch in Stellung, kautionsfähig, mit guten Zeugnissen, wünscht vom 1. Juli d. J. anderweitige Stellung. **Konin** bei Pinne, d. 14. Jan. 1880.

Blaške, Schäfer.

Die Beamtenstelle in Konikowo ist besetzt.

Fürnrohr.

Familien=Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Florentine** mit dem Herrn **Moritz Rosenthal** von hier beehren sich ganz ergebenst anzuzeigen.

D. Zuckermann
und Frau.

Posen, den 21. Januar 1880.

Als Verlobte empfehlen sich

Florentine Zuckermann
Moritz Rosenthal.

Posen. Posen.

Die Verlobung meiner Tochter **Auguste** mit Herrn **Emil Rothholz** von hier beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 22. Januar 1880.

Dorothea Schwersenz,
geb. Silberstein.

Heute Morgen 9 Uhr wurden durch die Geburt einer gesunden Tochter hoch erfreut.

Kulisch und Frau.

---

†

Heute Mittag 12½ Uhr starb nach kurzem, schweren Leiden im 49. Lebensjahre mein guter Mann, der Schriftsetzer

Julius Bruno Haase.

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Schützenstraße Nr. 31, aus statt.

Posen, 22. Jan. 1880.

Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Heute Mittags 12 Uhr entschlief nach vierwöchentlichem Krankenlager unser innigst geliebter Vater, der Freischulzengutsbesitzer

Carl Hemmerling

im Alter von 62 Jahren 7 Monaten. Dies zeigen wir allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. d. M., Nachmittags 2 Uhr statt.

Klempitz, 21. Januar 1880.

Bertha und **Otto Hemmerling.**

Statt besonderer Meldung.

Auch mein Sohn **Rudolph** ist mir in Folge Diphteritis am 19. d. M. durch den unerbittlichen Tod entrissen, nachdem zuvor seine rechte Mutter vor zwei Jahren, die zweite Mutter vor vierzehn Tagen dahingeschieden.

Der trauernde Vater

Hellmuth Möhring.

Kucharki b. Sobotka, den 21. Januar 1880.

Nachruf.

Heute Mittags 12½ Uhr starb nach schwerem Krankenlager unser Kollege, der Schriftsetzer

Julius Bruno Haase.

Während seines 18jährigen Wirkens an hiesigem Orte hat er sich durch Eifer und Pflichttreue sowohl die Achtung seiner Herren Prinzipale wie auch durch sein schlichtes Wesen, biederen Charakter und uneigennützige Hingabe an die Interessen seiner Kollegen die Liebe und Zuneigung derselben erworben.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben!

Posen, 22. Jan. 1880.

Die Mitglieder der Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Verein der deutschen Fortschrittspartei.

Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr,

im Handelssaal:

Vortrag des Herrn **A. Stark** „Der Liberalismus in Deutschland."

Gäste willkommen.

Handwerker=Verein.

Freitag, 30. Januar, Abends 8 Uhr,

im kleinen Lambert'schen Saal

Generalversammlung

des Vereins.

Tagesordnung:

1, Rechnungslegung über das Quartal vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1879.
2) Feststellung des Etats für das Geschäftsjahr 1880.
3. Vorstandswahl.

Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 Uhr,

im kleinen Lambertschen Saale

Vorwahl für die Vorstandswahl.

Posener Verein zur Unterstützung von Landwirthschafts=Beamten.

Die nach § 5 des Vereinsstatuts vorgeschriebene Generalversammlung soll am

Dienstag, den 24. Februar c.,
Mittags 1 Uhr,

im Schwersenz'schen Lokale hierselbst abgehalten werden.

Tagesordnung:

a) Vorlegung des Geschäftsberichts pro 1879.
b) Anderweite Wahl eines Vorsitzenden an Stelle des Unterzeichneten.

Posen, den 8. Januar 1880.

Der Vorsitzende des Vereins=Direktoriums.
Rolin.

Maison de santé
Schöneberg-Berlin W.

Allgemeines Privat=Krankenhaus.

Die Maison de santé besteht aus drei Heilanstalten, welche durch Bauten, Gärten und Verwaltung von einander getrennt sind. Jede derselben bildet ein für sich abgeschlossenes Institut.

I. Für Kranke mit **körperlichen Leiden.** Pneumatisches Cabinet, Inhalation mit verdünnter und verdichteter Luft. Molken. Brunnen. Medizinische Bäder. Einrichtungen für Kaltwasser- und galvanische Kuren.
II. Für Nerven-Kranke, mit einer Separatabtheilung für die Behandlung der **Morphiumsucht.**
III. Für Gemüthskranke.

Chefarzt: Geheimer Sanitätsrath Dr. Levinstein.

Meldungen zur Aufnahme nimmt entgegen

Das Bureau
der Maison de santé!

Technicum i. Mittweida.
— Kgr. Sachsen. —
Höhere Fachschule f. Maschinen-Ingenieure, Werkmeister. Vorunterricht frei. Aufnahme Mitte April u. Octbr. Programme gratis.
— 400 Studirende —

Lambert's Saal.

Montag, den 26. Januar:

IV. Sinfonie-Concert.

Ländliche Hochzeit
v. Goldmark.

J. G. Rothe,
Kapellmeister.

Stadttheater.

Freitag, den 23. Januar 1880.
17. Vorstellung im 4. Abonnement.
Zweites Gastspiel des Hrn. Dr. Hugo Müller.

Dr. Wespe.

Lustspiel in 5 Akten v. R. Benedix.

B. Heilbronn's
Volksgarten=Theater.

Freitag, den 23. Januar 1880.

Wenn Leute Geld haben.

Posse mit Gesang in 3 Akten.

Sonnabend, den 24. Januar cr.:
Nach der Vorstellung:

Großer Ball.

Die Direktion. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien=Nachrichten.

Verlobt. Frl. Helene Anders in Sorau mit dem Beamten der deutschen Bank Carl Quade in Berlin. Gräfin Frl. Adda von Uxkull=Gyllenband mit dem Hofmarschall Graf von Bassewitz=Wesselsdorf in Neu=Strelitz.

Verehelicht: Hr. Superintendent Raschig mit Frl. Therese Bötticher in Beyersdorf. Ernst Freiherr von Seckendorff in Rüsselsheim, mit Frl. Auguste v. Cochenhausen in Darmstadt. Wilhelm Lipinski mit Frl. Magdalena Broda in Sorau.

Geboren. Ein Sohn den Herren: Bergrath Dr. Schulz in Bochum. Lieutenant Hesse v. Wilucki in Dresden. Buchhändler H. Wollermann in Braunschweig. — Eine Tochter dem Herrn: Prof. von Mosengeil in Bonn.

Gestorben: Verw. Frau Sophie Hahn, geb. Seglitz in Berlin. Frau Musikdirektor Marie Wiegers, geb. Rechenberg in Königsberg N. M. Hrn A. Holtz Tochter Elsbeth in Schönwerder. Kgl. Oberamtmann Theodor Berger in Georgenhof bei Peitz. Pastor Benno Grüning in Schönstedt. Amtsrichter Alfred Steinbrück in Tarnowitz=Königshütte. Frau Oberst Zoellner, geb. Graffunder in Friedeberg. Direktor der Potsdamer Kreditbank A. Eckert in Potsdam. Hern. Major von Gliscinski Sohn Georg in Rostock.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.